



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **Hakenkreuzbanner. 1931-1945 1 (1931)**

49 (29.8.1931)

[urn:nbn:de:bsz:mh40-253252](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-253252)



# Stimmen

Herausgeber: Carl Lenz, M. d. R.

## Die N.S. Zeitung Nordwestbadens

Der Inhalt der Zeitung ist für die Leser ausschließlich verantwortlich. Die Redaktion ist nicht für die Meinungen der Autoren verantwortlich.

# Das wahre Gesicht der Reichsreform

## Otto Braun soll Reichspräsident, Severing Reichsinnenminister werden So sieht die „Aufopferung Preußens“ aus

Mit einem Male, nachdem sie ein Jahrzehntlang in Saas und Brauns gelebt, das Nationalvermögen durch Verschwendungssucht und durch fruges Nachgeben den Feinden gegenüber verprecht haben, hat sich auch bei den längsten Zeitungen herumgesprungen, daß gespart und unsere Verfassung rationalisiert werden muß. Mit einem Male führen sie wieder das Wort von der Reichsreform im großen Maute, und der lärmendsten einer im Streitruhen ist Herr Otto Braun, Preußendiktator und eingebildeter Sieger vom 9. August, Vorkämpfer sozialistischer englischer Ministerkollegen, die jetzt ebenfalls abgewirtschaftet haben.

Herr Otto Braun hat sich und Preußen — wie wenn das eines wäre — „selbstlos“ und ohne „partikularistische Hintergedanken“ dem Reich zur Verfügung gestellt. Preußen soll gewissermaßen, nachdem es seine historische Mission erfüllt hat, im Reich aufgehen, sich selbst opfern. Das klingt wunderbar schön, ist eine ganz herrliche Phrase, die in der Tat an den großen Geist selbstbeherrschter Staatsklugheit und opferfreudiger Vaterlandsliebe der klassischen Antike anknüpft, in der das alte Preußen des Heldenalters und des Freiheitsdranges sein Vorbild sah. Aber es ist leider nur eine Geste.

Diesem, die 13 Jahre verschlafen haben, die uns erst reiflos in den Sumpf der Niederlage des Weltkrieges geführt haben, bilden sich doch hoffentlich nicht ein, daß wir ihnen trauen werden, wenn sie nun schelbar ihr „edles, aufopferungsfähiges, angeblich altpreussisches Herz“ entdecken und ihre warme Liebe zum Volke, der sie bereit sind Hemterchen und Pöfchen zu opfern. Nein, nein, die Brüder, die jetzt so große Geschäftigkeit entfalten, dürfen versichert sein, daß wir ihr trügerisches Spiel durchschauen.

### „Aufgehen Preußens im Reich“

heißt für die Erbpächter der Amtseiseln nichts anderes als aufrücken in Reichsämtel. Der preussische Innenminister soll Reichsinnenminister werden, der preussische Minister-Präsident Vizekanzler des Reiches. Famos angekündigt. Otto Braun gilt als der wichtigste Mann der in der Reichheit der Amtsklubsessel verewichteten Sozialdemokratie, als das noch beste Pferd des an Jugend degenerierten Bestandes des sozialdemokratischen Parteiestalles. Wo schnell noch mit dem „Sieger vom 9. August“ in ein hohes Reichsamt, damit ihm der Weg für die Reichspräsidentenwahl im nächsten Jahre offen steht.

### So sieht die wahre „Aufopferung Preußens“ aus!

Mit geradem teuflischer Niedertracht wird in den Blättern der sogenannten „Staatsverbände“ Partei erörtert, welche „legalen“ Möglichkeiten bleiben, das finstere Projekt möglichst im Stillen durchzuführen, die Hemterchen hinten herum zu verschachern. Man redet sich ein, daß die angebotenen Amtspersonalunionen einfach im Wege der Ernennung durch den

Reichspräsidenten erfolgen können, dem man auf diese Weise zumutet, noch während der letzten kurzen Frist seiner Amtsperiode den Trübselstern williges Werkzeug zu sein und sich sein eigenes Bild, das er der Geschichte zurücklassen soll, reiflos zu erlösen.

Wiederlings ist man sich auch im „demokratischen“ Lager — wo die Einbildung in potenziertem Verhältnis zur wirklichen Bedeutungslosigkeit steht — klar, daß die sogenannte Reform in Reich und Ländern doch nicht ohne die Volkserrettungen möglich ist. Schon lebdeget man mit Verleumdungen und Volksentzweiung, die die Reichsreform zum Thema haben soll. Es ist durchaus nicht abwegig, sich über die Notwendigkeit einer Reichsreform, die Preußens Rechte als in der Politik ionangebender Staat in gewissen Beziehungen beschneiden könnte, Gedanken zu machen, ja schon bestimmte Pläne zu schmieden. Doch unser staatlicher Verwaltungsapparat über alle Maßen aufgebläht ist, bestritten schon lange niemand.

Wie Nationalsozialisten wollen eine solche Reichsreform aber nicht auf dem Wege der parteipolitischen Verhandlung, der nur den Zweck hat, fädelnde Versäulungen der Sozialdemokratie und der Demokratie in der Führung zu belassen und die Vorherrschaft der Sozialdemokratie zu stabilisieren, ja zu verewigen, sondern wenn wir uns für eine Reichsreform entscheiden, dann es nur sein nach neuen Preußenwahlen, nach neuen Reichstagswahlen, nach neuer Reichspräsidentenwahl, wenn die Macht des Marxismus endgültig gebrochen ist und das Volk emischieden hat, von wem und wie es regiert werden will.

Das preussische und deutsche Volk hat die Mißwirtschaft der Sozialdemokratischen Partei bis zum Brechen satt und wird letztere bei den kommenden Wahlen aus dem Sattel heben und in den Sand setzen. Für sie ist im kommenden deutschen Reich kein Platz mehr. Das künftige Deutschland darf und soll kein Produkt eines Partei-Klingels sein, sondern das Ergebnis jählicher Arbeit des ganzen deutschen Volkes, gehören aus unlagbarer Leidens- und Duldenszeit.

Der Nationalsozialismus wird diese Reichsreform, wie sie von der Sozialdemokratie geplant ist, zunichte machen, trotz Braun, Breitsheld und Genossen, auch wenn sie durch eine Notverordnung erzwungen werden sollte, was wir durch Neuwahlen verhindern werden. Heute aber gilt es, diesen Angriff gegen die Reichsreform nicht ruhig abzuwarten, sondern Pflicht der nationalen Opposition ist es, zum Gegenangriff vorzugehen.

Die Auslieferung der Reichsgewalt an den Marxismus muß verhindert werden! H. W.

gestaltet hätten, dann wäre um vieles rascher und früher der ganzen Welt die Erkenntnis gekommen, daß dieses Erfrem der Regelung der Reparationsverpflichtungen zum Unfugen für die Völker werden mußte. Doch diese Erkenntnis liegt in der ganzen Welt Vah gegriffen hat, ist der größte Erfolg der deutschen Reparationspolitik.

Wie schreibt das „N. N. B.“ vom 29. August? „Karr und Stresemann, die damals die politische Verantwortung für den Dawesplan übernommen hatten, stellten sich auf den Standpunkt, daß die Zeit der euzügste Verbündete Deutschlands in seinen opferreichen Bemühungen um seine endgültige Befreiung sei.“ — Also eine Oberseite für Karr! Heute erkennt man in dem Standpunkt des feinerzeitigen Zentrumskanzlers einen Fehler der begangenen Politik. Ob „man“ in einigen Jahren auch einen Fehler der heutigen Politik feststellen wird? Man möchte es beinahe glauben!

Auf dem parlamentarischen Abend führte nach den „N. N. B.“ Prälat Dr. Kaas u. a. aus:

„... Weg mit den Parteifranken, weg mit den gekünstelten Grenzen zwischen den verschiedenen Lagern, wenigstens so lange, bis zu dem Augenblick, wo wir Staat und Volk gerettet haben. Dann können wir uns den Luxus, uns parteipolitisch wieder in die Haare zu geraten, wenigstens wieder leisten, ohne in ein Risiko zu laufen, das niemand verantworten kann.“

Wir werden es jetzt erleben können, daß das Zentrum in einem kommenden Protest sofort die Aufhebung der außerordentlichen Maßnahmen eines Teils des deutschen Klerus gegen uns Nationalsozialisten fordern wird! Wir werden es jetzt erleben können, daß das Zentrum künftighin gegen den Mißbrauch der Kanzel zu parteipolitischen Zwecken protestieren und die Abschaffung solcher skandalöser Verkommnisse fordern wird! Wir freuen uns schon heute auf die Mitwirkung des Zentrums für ein sauberes Deutschland.

Und weiter sprach Dr. Kaas:

„... Warum ist das logisch? Weil es keine Partei gibt, die so wenig Partei ist wie unsere Partei.“

Wir glauben schon lange, daß es keine Partei gibt, die so wenig Partei ist, wie die Zentrumspartei. Sie hat ja auch kein Programm wie die Kölnische Volkszeitung 1930 feststellte. Wie könnte sonst das allergeringste Zentrum mit dem gottlosen Marxismus auf ein solch perverfes Verhältnis eingehen?

Nach Dr. Kaas ergriff Zentrumsgesandter Soos das Wort und führte u. a. aus:

„... Es gäbe wahrhaft heldenmütiges Leben in diesem Volke: es gäbe Väter und vor allen Dingen Mütter, die in einem Haushalt, wo Schmalhans Küchenmeister sei, jeden Tag haushalten und nicht verzweifeln. Das sei die moderne, heldenmütige Art von Patriotismus.“

Wir glauben Herrn Soos gerne, daß das Zentrum vom „alten“ Heldennut bei seiner pazifistischen Einstellung nichts wissen will. Einen hat Herr Soos übersehen: Heldennut schließt eine Handlung in sich, zu der sich die betreffende Person freiwillig emporschwingt. Ob wohl der „moderne Heldennut“ des Herrn Soos bei unseren Hausfrauen auch eine freiwillige Handlung ist? Ob Frau Soos von dem modernen Heldennut ihres Mannes auch begeistert ist, wenn bei ihr einmal Schmalhans Küchenmeister ist?

Zum Schluß der Tagung ergriff noch des Reiches Innenminister Dr. Wirth das Wort. Dr. Wirth dürfte wohl den Vogel abgeschossen haben, wenn er erklärt:

„... Nicht eine Sekunde dürfte gegögert werden, der Gewalt mit höchster Gewalt zu begegnen. Wer die Hand erhebe, dem werde sie niedergeschlagen werden.“

Es dürfte Herrn Wirth vielleicht schwer fallen, den im kommenden Winter 7 bis 8 Millionen Erwerbslosen die Hand „niederschlagen“ zu wollen, falls es zu allgemeinen Unruhen kommen sollte. Oder meint vielleicht Herr Wirth gar etwas anderes mit dieser Reue? Wir wagen es kaum zu sagen. Will vielleicht Herr Wirth seinen preussischen Kollegen auf die Finger klopfen, der ja die Hand nach seinem Ministerfesseln ausstrecken will? Wir werden es ja bald erfahren!

H. H.

## Rund um die Stuttgarter Zentrumstagung

### Geständnisse und Bekenntnisse einer Partei, die keine ist

Am 25. August begann in Stuttgart die Tagung der Zentrumsfraktion des Reichstages. Hören wir, was das „Neue Mannheimer Volksblatt“ uns über die Tagung berichtet:

„Um 11 1/2 Uhr sagte die erweiterte Fraktionsführung unter Leitung Dr. Verittius, Abg. Verittius erklärte, daß es ihm eine große Freude wäre, den Reichskanzler begrüßen zu dürfen. Er habe damit gezeigt, daß er nach wie vor die Führung mit der Fraktion und mit der Parteileitung aufrecht erhalte, um in der schwersten Zeit Rat und Hilfe bei der Fraktion und bei der Partei zu finden.“

Also, jetzt wissen wir es: Dr. Brüning holt sich „Rat und Hilfe“ bei der Zentrumsfraktion und bei der Parteileitung! Vielleicht heißt es auch einmal bei der Reichsregierung, wie es bei der Preußenregierung dieß, als sie den unglückseligen Aufruf gegen den Volksentscheid veröffentlichte: „Man ist schlecht beraten worden!“ Also ist Brüning nicht der eigentliche Urheber der Notverordnungen, sondern die allergeringste Zentrumspartei? Wir werden uns das für das „Groß-Reinmachen“ merken müssen!

Also sprach Brüning:

„... Die Summen, die mir in den nächsten Monaten zur Befundung der Finanzen und

der Wirtschaft auszuwenden müssen, sind so gewaltig, daß sie die aus dem Hooverplan sich ergebenden Ersparnisse übersteifen.“

Einfach trefflich! „Ersparnisse aus dem Hooverplan?“ Hätte denn die Reichsregierung die nötigen Devisen überhaupt um die Ertrübe zu bezahlen? Zur Erfüllung des Hooverplans hätte doch wieder ein Kriesenpunkt aufgenommen werden müssen! Also etwas sparen von dem überhaupt nichts da ist! Fabelhafte Regierungskunst!

„... Wir können nur vorwärts kommen, wenn wir dem Volke die Wahrheit sagen, wie die Dinge stehen, wohin der Weg führt und was am Zielpunkt zu erwarten ist.“

Also die Wahrheit sagen! Sollten „gemisse Kreise“ einsehen, daß das Volk sich nicht mehr belügen läßt? Jetzt wird doch bald in der Zentrumspresse stehen, daß die bölen Nazis mit ihren Voraussetzungen recht gehabt haben. Daß sich das Zentrum in dem „ungeheuren wirtschaftlichen Aufstieg“ getäuscht hat? Oder wird trotzdem weiter gemogelt? Für „Wahrheit, Freiheit und Recht“?

„... Wenn wir mit der gleichen Konsequenz und Festigkeit — schon 1919 unsere außenpolitische Führung

Tr. 48/1931  
müßt,  
Bekannt!  
mplette  
üche  
f. nur 220 RM  
f. Belm von 1  
1 Spieß, und  
oder für nur  
1 Schön, kompl.  
mer, muß, ge-  
großem Pöfch,  
1 Audienzsch  
derföhle für nur  
1180 RM ein  
Belm von 1  
1 Spieß, und  
oder für nur  
1 Schön, und  
Schöne moderne  
feine minderwert-  
bedefmare, gute  
Potent, Röhle,  
Federbetten,  
quard und schöns  
wirklich solider  
na, sehr billig,  
und preiswert  
albach  
4  
Friedrichspart;  
m.  
Verkaufshaus  
nther  
5, 16  
verkauft Möbel  
Gegenstände  
der Art. 222  
gel-Fix  
Tel. 253 70  
und Zustellung  
B-Dampf-  
Anstalt  
hat kluge Entwürfe  
s neue 115  
Sofa-Bett  
U.R.S.M. Nr. 1138 310  
eine Umklekabine  
absehbar gemacht.  
Kleider-  
Kabinen  
Kar. Mannheim  
Wallstraße 10  
von 42420  
O-MAYER  
im, P 3, 11  
her Nr. 200 26  
Apparate  
Entwickeln  
Kopieren  
Vergrößern  
nach auswärt.  
Pg.  
aufmann,  
chundreise,  
alt, firm in allen  
beiten, perfekter  
engl. Korrespondenz  
aus selbständig.  
Stellung.  
ne aus Ueber-  
jeder Art.  
Angehörte unter  
Aufsichtstellung.  
ausbesitzer  
gegen mehrfache  
heit  
500.—  
ig zu leiden.  
unter Nr. 202  
kennt ausbrenner.



# Wieder ein wertvolles Geständnis!

In letzter Zeit häufen sich die Neußerungen zenträler Politiker, wonach sie die Youngkrise „haben kommen sehen“. Einen neuen Beitrag hierzu liefert das „Neue Mannheimer Volksblatt“ vom 23. August in einem Leitartikel von St. Djarbin: „Zurück zur Politik“. Er schreibt u. a.:

Die Unmöglichkeit der Erfüllung der grotesken Zahlungsauslagen des Dawesplanes war für uns ebenso klar, wie die später erfolgte Festlegung der deutschen Zahlungsverpflichtungen durch den Youngplan, der gleichfalls „grundrichtig“ wiederum nur eine rein wirtschaftliche Regelung sein sollte.“

Wilt Staunen kann man feststellen, daß die Herren Erfüllungspolitik des allerchristlichsten Zentrums auf einmal die katastrophalen Auswirkungen des Youngplanes vorausgesehen haben. Auf Grund dessen muß man sich einmal vor Augen halten, welche Einstellung das Zentrum z. B. der Youngverhandlungen einnahm. Trat nicht das Zentrum voll und ganz für den Youngplan ein? Hegte nicht die ganze Zentrumspresse gegen uns Nationalsozialisten als es 1929 zum Volkentscheid kam und bezeichnete uns als Katastrophopolitiker? Folgte nicht die ganze Zentrumspresse u. n. einem ungeheuren Aufschwung der Wirtschaft, von Millionenparnissen, von einer Behebung der Arbeitslosigkeit bei Annahme des Youngplanes? Schrie nicht die ganze Zentrumspresse von einer Katastrophe bei erfolgreichem Volkentscheid?

Und heute, da die Katastrophe durch den Youngplan eingetreten ist, hat auf einmal das Zentrum dieselbe vorausgesehen! (Germania).

Für jeden nüchtern denkenden Menschen kann es hier nur eine Logik geben:

Hat das Zentrum diese Katastrophe durch den Youngplan vorausgesehen und ist trotzdem für denselben eingetreten, dann hat diese Partei bewußt den Zusammenbruch herbeiführen wollen und ist aus diesem Grunde voll und ganz für das heutige Elend verantwortlich zu machen!

Charakteristisch für die Zentrumszeitungen und maßgebenden Politiker (z. B. Soos) ist es aber, wenn sie heute diese Schuld von sich abwenden und auf den zunehmenden Nationalismus (des Nationalsozialismus!) übertragen wollen. Aber „Lügen haben kurze Beine“, zudem, wenn man sich selbst verrät! Eines aber an diesen ganzen Geständnissen ist sehr wertvoll für uns:

Wenn ein kommender Staatsgerichtshof diese Herren einmal zur Verantwortung ziehen wird, dann gibt es keine Berufung auf ein „wir haben im guten Glauben gehandelt, haben uns aber getäuscht“, denn wozu sind denn Geständnisse da?

Die Zeit ist nicht mehr ferne, bis die Herren Politiker des allerchristlichsten Zentrums ihre heute so freiwillig in die Welt hinausposaunten Geständnisse bereuen werden!  
M. H. H.

## Schwindjucht der roten Gewerkschaften

Die Folgen der illegalen Bettgenossenschaft zwischen Gewerkschaften und politischen Parteien, die den eigentlichen Aufgabenkreis sabotiert, hat dem deutschen Arbeiter die Augen über den eigentlichen Charakter geöffnet. Die ausschließlich partipolitischen Zwecken hörigen Gewerkschaftsböden sind unfähig, die berechtigten Forderungen des deutschen Arbeiters zu erfüllen. Die Geschäftsrisse der Gewerkschaften für das vergangene Jahr kennzeichnete den Rückgang der Mitgliederzahl. Selbstverständlich ist der Verlust an Mitgliedern relativ gering, denn keiner der jahrelangen Beitragszahler wird auf die Rechte gegenüber der Gewerkschaftskasse verzichtet. Viel wichtiger aber ist es, daß vor allem

der Zugang aus der jungen Arbeiterschaft vollkommen still liegt.

Die jungen Kräfte lassen sich so schnell nicht mehr einfangen. Die Gesamtmitgliederzahl des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes ging von ca. 5 Millionen Ende 1929 auf 4.717 tausend Ende 1930 zurück.

Der Rückgang beträgt annähernd fünf Prozent der Gesamtzahl.

Der Metallarbeiterverband hat nach eigenen Angaben 2,5 Prozent seiner Mitglieder verloren. Trotz alledem ist die finanzielle Grundlage der Gewerkschaften keineswegs erschüttert. Die Geschäftsleitung versteht im Gegenteil die „Gefahr“ des kapitalistischen Profitstrebens viel zu gut, denn das Heer der vertriebenen Böden will auch Beschäftigung finden.

## Weltkongreß der Gottlosen in Berlin

Vom 5. bis 7. September soll in Berlin ein Weltkongreß der Freidenker abgehalten werden, der von der „Internationalen proletarischer Freidenker“ einberufen ist. Der Kongreß wird in seiner Tagesordnung zu folgenden brennenden Tagesfragen Stellung nehmen: Das Problem der Jugendverziehung, die Kolonialpolitik der Kirche, Rassenkollisions und Faschismus, Wissenschaft, Technik, Metaphysik. Der Kongreßtagung voraus geht am 4. September eine Freidenkervereinigung in der „Neuen Welt“ in Berlin. Auf dieser Kundgebung werden Redner aus allen größeren Ländern Europas zu Wort kommen.

Was sagt der Zentrumsminister Dr. Wirth dazu, der vor einigen Monaten im Reichstag so gegen die Gottlosen-Propaganda gewettert hat? Ueberhaupt: Wird sich das Zentrum diesen Kongreß gefallen lassen? Wir sind gespannt darauf.

## Das Zentrum fliegt!

Durch die Presse geht folgende Mitteilung:

„Telebrichshafen, 24. Aug. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist um 11.50 Uhr bei sonnigem Wetter mit 33 Fahrgästen zu einer etwa zweistündigen Fahrt über das Bodenseegebiet aufgestiegen. Die Fahrgäste gehören vorwiegend der Zentrumsfraktion des Reichstags an, die z. B. in Stuttgart eine Tagung abhält.“

Wieviehl ist die Zentrumsfraktion des Reichstages einmal so freundlich und gibt auch der Öffentlichkeit bekannt, wer den Flug finanziert hat! Wieviehl haben die hohen Reichstagsblößen gedrückt, die jetzt so mühelos erworben werden? Oder ist wiewiehl noch ein Restümchen des Zentrumschleibers Klentimp übrig gewesen, das man auf diesem Wege wieder „gemeinnützigen Zwecken“ zuführen wollte? Was das braune Haus in München gebaut wurde, konnte sich die Zentrumsjournaliste nicht beruhigen, daß die Nazis bei dem heutigen Elend so das Geld hinauswerfen. Eines sei aber gesagt: Wir Mitglieder der NSDAP wissen, daß der Bau des „Braunen Hauses“ notwendig war, wir bezweifeln aber, daß die Parteimitglieder des allerchristlichsten Zentrums von der Notwendigkeit dieser Fahrt, die doch ein nettes Stimmchen gekostet haben dürfte, überzeugt sind. Ja, wenn zwei dasselbe tun, ist es doch nicht dasselbe!

## Der Verrat der Sozialdemokratie an den Gemeindefreier

Wie vorausgesehen war, haben die Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium über die Durchführung der in der Notverordnung vom 5. Juni ds. Js. enthaltenen Bestimmungen über die Löhne der Gemeindefreier Angelegten und Arbeiter und die Gehälter der Kommunalbeamten zu einer Vereinbarung geführt, getreu nach dem Rezept des Frankfurter Professors Rötting, daß die Sozialdemokratie aus Angst vor dem Nationalsozialismus zur „Tolerierung“ dieser Regierung gezwungen sei.

Die Sozialdemokratie hat durch ihre „Tolerierung“ die Masse der Gemeindefreier verraten.

deren Löhne vorläufig um 4% unter Fortfall des Frauenzuschlags gekürzt werden sollen. Wir verstehen die Freude der Sozialdemokratischen „Arbeiter“-Partei, daß ihr nunmehr ein Streik erspart geblieben ist. Wiewiehl ist diese Freude aber verfrüht, denn die betroffenen Kommunalarbeiter werden nunmehr erkennen, wer ihre „Führer“ sind, daß sie sich im sozialdemokratischen Lager am falschen Platze befinden und in das Lager der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei gehören. Die Sozialdemokratie, die in ihrer Presse stets den großen Mund führte, hatte hier Gelegenheit, die Einberufung des Reichstags zu erzwingen, sie hat es nicht getan, aus „Tolerierung“! Ihr kommt es mehr auf die Erhaltung der Vorherrschaft Braun-Sewering in Preußen an, als auf die Vertretung der Lebensinteressen des schaffenden Volkes. Wie erbärmlich und heuchlerisch klingt doch ihre Entschuldigung in „Vorwärts“, daß es ihr gelungen sei, „in Gemeindefreier, dank ihrer ausgezeichneten Gewerkschaftsorganisation, den Angriff auf ihre Existenzgrundlage zurückzuweisen, ohne zum legitimen Atomgewicht greifen zu müssen!“

Dieser Verrat der Arbeiterschaft wird der Sozialdemokratie teuer zu stehen kommen!

## „Im politischen Dreieck“

### Die neueste Weisheit der Margisten

In heillosen Verzweiflung erließ der sozialdemokratische Parteivorstand vor einigen Wochen den bekannten demagogischen „Aufruf an das deutsche Volk“, dessen Forderungen in dem Satz gipfelten: „Gebt uns die Macht!“

Alles was den berufsmäßigen Lügner an Versprechungen für die Zukunft eingefallen war, wurde in diesem Aufruf konzentriert.

In der folgenden kurzen Zeit scheinen sich jedoch die margistischen Parteipäpste damit abgefunden zu haben, daß es mit dem Traum sozialdemokratischer Macht für ewige Zeit aus

ist. Man würde jedoch die margistischen Charaktere mahlos überschätzen, wollte man annehmen, daß sie aus dieser Erkenntnis nun die Konsequenz ziehen. Dazu ist das Bett neudeutscher Ministerfessel und der anderen erschlichenen Pöbchen viel zu weich und bequem. Alle Intelligenz und politische Herrlichkeit wird darauf angewandt, um einen Ausweg aus der Klemme zu finden.

Dem Kriegsdienstverweigerer Professor Dr. Rötting, der sich von seiner grandiosen Niederlage im Rundfunkduell mit dem nationalsozialistischen Wirtschaftstheoretiker Feder offenbar endlich erholt hat, fällt die Aufgabe zu, den Genossen im „Vorwärts“ die neue Weisheit der Partei — tropfenweise beizubringen. Unter dem Motto: „Im politischen Dreieck“ hielt er den Lesern des gallischen Zentralorgans kürzlich eine Vorlesung über die „Soziologische Umgestaltung Deutschlands“, in der nach einer dozierenden Betrachtung der sozialen Umschichtung des deutschen Volkes vorläufig die neue Taktik der Parteibürokratie zur Erhaltung der Pfunde dargelegt werden soll. Greinend stellt der margistische Professor fest, daß der frühere parlamentarische Kuhhandel durch das Ergebnis der Reichstagswahlen vom 14. September unmöglich gemacht wurde.

Die bösen Nazis haben dem so einbringlichen Pendelspiel der SPD zwischen Bränning und Opposition einen Strich durch die Rechnung gemacht,

denn: „Kamen wir früher durch Sturz einer klassengegnerischen Regierung selbst an die Regierungsmacht, so war nunmehr eine dritte, höchst fatale Eventualität in den Bereich des Möglichen gerückt: daß wir unter die Krämmer zu liegen kamen, während unsere grimmigsten Feinde in den Sattel gehoben wurden.“

Und unter dieser „fatalen Eventualität“ wurden aus den grimmigen „Revolutionären“ und Pseudosozialisten kümmerliche „Toleranten“ an der Strippe des „klassengegnerischen“ Reichskanzler Bränning. Rötting kleidet diese Wandlung schamhaft in die Worte: Wie es Otto Bauer unlängst in Wien formuliert, es kann einfach eine Lebensfrage für die Arbeiterschaft werden,

den staatlichen Gewaltapparat zu neutralisieren, das heißt zu verhindern, daß er in die Hand des Faschismus fällt.

Die Schwächung der sozialdemokratischen Position drückt sich darin aus, daß die hochgemute Parole der Staatseroberung vorübergehend (!) ersetzt werden muß durch die viel beschworene Formel der Neutralisierung des Staatsapparates.“

„Neutralisierung des Staatsapparates“, das ist also die neue Phrase, die man den betrogenen Arbeitermassen vorzuwerfen mag.

Also Verewigung des gegenwärtigen Zustandes der verordneten Not, des „Zustandes der Erwerbslosen“ unter Loslösung der Sozialdemokratie.

Das deutsche Volk wird den margistischen Geschäftemachern die Quittung für diese Trivialisität erteilen. Schamlos wird der letzte Rest des Parteiprogramms verraten, für das die deutschen Arbeiter jahrzehntlang gegen die Volksgemeinschaft gekämpft wurden.

Das Maß der politischen Verbrechen des internationalen Margismus am deutschen Volke ist überfüllt.

Mögen sie sich noch so drehen und winden, der Tag ist nicht mehr fern, an dem der deutsche Arbeiter sich und sein Volk an den Verderbern rächen wird.

## „Deutsche“ Sozialdemokraten wünschen Verewigung Elßah-Lothringens!

So wenig die deutschen Sozialdemokraten „ein Vaterland kennen, das Deutschland heißt, so sehr sind sie im Interesse der „Verständigung“ darauf erpicht, nationale Wünsche und Forderungen Frankreichs mit Ausdauer zu vertreten.

So bringen die „Sozialistischen Monatshefte“ einen Aufsatz, der sich mit der Politik zwischen Rhein und Vogesen befaßt. Die rein sachlichen Neußerungen über das Elßah zeigen von einem ungewöhnlich großen Maß von Unkenntnis. Das fällt ja, wenn man die Quelle berücksichtigt, nicht allzu sehr auf, wichtiger ist die Tatsache, daß die französische Politik der zwangsweisen Verewigung des Elßah vorbehaltlos gutgeheißen wird. Der Verfasser, ein Herr Jentner, schreibt: „Ist das Elßah einmal völlig im französischen Organismus aufgegangen, dann wird die große geschichtliche Aufgabe des Elßah beginnen. Der Elßaher aus alemannischem Stamm, durch Wahl Franzose (!!), muß Humus für Neueuropa sein.“

Der scharfe Kampf, den die Elßaher gegen die aufgezogene Verewigung führen, zeigt aber, daß das elßahische Volk auf die Ehre verzichtet, unter Preisgabe seines Volkstums „Humus für Neueuropa“ zu werden, sodas die Herren Sozialdemokraten, die sich so gerne zu Spuckenäpfeln der Franzosen machen, schon ihre diesbezüglichen Wünsche zurückstellen müssen.

„Solange wir nicht die Zeitungen der ganzen Welt in Händen haben, um die Wölfer zu täuschen und zu betäuben, bleibt unsere Herrschaft ein Dünnegebäude.“  
Jude Moses Montefiore (Blumental) 1840

## Unsere Antwort auf diese jüdische Begehrlichkeit heißt:

Raus mit der Judenpresse! Weg mit den roten und schwarzen Lügenzeitungen!  
Raus mit der sogenannten neutralen Presse!

## Werbt nur für das „Hakenkreuz-Banner“

Jeder Leser und jeder Pg. wirbt im Rahmen des Zweimonatsplanes mindestens einen neuen Bezueher für unser Kampfblatt!



# Notverordnung!

## Die Länder drängeln

Man ist vom „Erfolge“ seiner Notverordnungen begeistert. In allen Tonarten haben die Blätter, die keine eigene Meinung haben, geduldig und gehorsam wiedergekaut, was ihnen die Regierungen- und Behördenpressämter vorbeteten, daß „sich die Wiederaufnahme des Zahlungsverkehrs reibungslos vollzogen habe“. Bravo! Reibungslos war es in der Tat und recht hübsch bequem, denn es war nicht mehr viel „zahlungsüberkehren“! Eine Bude nach der anderen macht zu, weil sie kein Geld mehr haben, weil die Schuldner, die nicht zu den „Reichsbegünstigten der Danater und der Dresdner gehören, nicht mehr zahlen können.

Nun wird weiter notverordnet: In den Gemeinde-Etats hat auf dem Papier treu und brav alles aufzugehen. Etwas anderes bedeutet die neueste Notverordnung, die als die Auherrin ungezügelter weiterer anzusehen ist, nämlich nicht. Den einzelnen Ländern wird nämlich regierungsseitig das Recht eingeräumt, im Wege der Notverordnung alle Maßnahmen zu treffen, die erforderlich erscheinen, die Etats der Selbstverwaltungsbehörden in Ordnung zu bringen. Preußen, Sachsen und Bayern machen schon jetzt von diesem Recht Gebrauch. Sie haben alle eilig, sehr eilig!

Gott, was wird das für ein Wermut von Notverordnungen werden. Kein vernünftiger Mensch wird sich mehr durchfinden, aber die Bürokratie wird perverse Organe feiern können. Mit dieser Polarisierung der Notverordnungen hat die Reichsregierung restlos und unbegrenzt den Boden jeder vernünftigen Regalität verlassen und reißt die Länder mit auf

verhängnisvollem Pfad. Wie wir längst kein fest verankertes Reichsrecht mehr haben, so werden die Landrechte über den Haufen geworfen. Heil der Kirchturnspolizei! Beschäftigung für die Verwaltungsjuristen. Endgültiger Tod jeder wirtschaftlichen Betätigung! Freude in den Hallen der Eigenbrödlerei. Wie wird Herr Held in Bayern mit Paragrafen wüten, der eben mit Begeisterung erklärt hat, jeder Reichsreform den Kampf bis zum Neuherten anzufügen, wobei er im übrigen nicht einmal so Unrecht hat, solange die Träger des Reichsreformgedanken, Herr Braun in Preußen und die sonstigen „starken Männer“ der innerlich so schwachen Sozialdemokratie sind. Was werden sie, unter dem Vorwande, die ruhige Geschäftsführung in den Gemeinden zu sichern, alles für hübsche Notverordnungen gegen die oppositionelle Presse vom Stapel lassen. Aber wir brauchen wirklich nicht zu verzagen, denn das Flasko einer einheitlichen Reichspolitik ist erklärt. Sötterdämmerung wird nun auch den vertrauensfestigsten Mitläufern des Systemes zum Bewußtsein kommen. Diese Erkenntnis wird der Freiheitsbewegung eine breite Bahn eröffnen, wird der Grundstein unseres restlosen Sieges sein! Fremde, nur noch ein wenig Geduld, ein wenig „Hilflichkeit“. Bald wird sich alles, alles wenden. Die geistige Konkurrenzklärung liegt vor durch jene Notverordnung, die eine Hydra von Notverordnungen ist, die die Reichseinheit in einem Augenblicke schmilzt, in dem härteste nationale Konzentration erforderlich wäre, eine Politik der Sammlung, auf der England vorbildlich vorangeht!

### Also sprach Professor Grimme

Der preußische Kultusminister, der Sozialdemokrat Prof. Grimme, hat auf dem sozialistischen Reichsjugendtag nach dem „Vociferis“ folgendes gesagt:

Schau her, ihr 20.000 deutsche Arbeiterjungen und -mädels, auf den Rücken, von dessen Altan ich spreche. Und da seht hin, das Heiligtum der 48er Bewegung, seht sie, die Paulskirche. Ihr steht vor mir als das Bauwerk der kommenden Welt und Erde zugleich.

Denn der Geist des demokratischen Deutschlands, der euch belebt, wo war er je lebendiger, wo war er reiner als damals 1848 hier in dieser Stadt!

Damals, als selbstbewußter Bürgerinn dort drüben in der Paulskirche ein ganzes Volk aufgerufen hat zu demokratischer Gemeinshaft aller Volksgenossen am Bau der gesamten Nation. Die damals 1848 drüben sagten, die wuchsen, wie ihr es wisst, die ihr in dieser Sommernacht fast 100 Jahre später im Fackelzug durch die Frankfurter Straßen zogt: Deutschland wird nur Nation sein, wenn es ein Volkstaat ist. Und doch, so hoch wir dieses Erde halten und niemals mehr aus unseren Händen lassen wollen, und so wenig gerade ihr euch von den Rattenfängermeleodien landfremder Diktatoren umgarnen laßt, ihr wisst das andere auch, daß sich keine Jugend allein nach der Vergangenheit orientieren kann. Wohl seid ihr Demokraten, aber das genügt euch nicht, ihr wollt dieser Form den Inhalt geben und deshalb fordert ihr den Volksstaat der sozialen Demokratie. Ihr wollt, daß in der neuen Staatsreform Mensch wirklich Mensch werde. Denn das ist

noch kein Endziel, wenn auf dem freigewordenen Terrain der Fiktion ihre Majestät die Wirtschaft sitzt und souverän die Geißel schwingt.

Ihr junge Garde des Proletariats wisst es besser als irgendwer, daß Wirtschaft Schlüssel ist.

Aber weil die Wirtschaft unser Schicksal ist, gilt es, sie zu gestalten. Wir haben jederzeit Absolutismus satt.“ usw.

Die Notverordnungen verbieten uns, etwas zu dieser Rede zu sagen.

Wer das Wort „von den Rattenfängermeleodien landfremder Diktatoren“ wollen wir Nationalsozialisten mit hoch werfen.

Im übrigen: wenn die Sozialdemokratie jeden Absolutismus satt hat, warum erzwingt sie nicht die Einberufung des Reichstags, um zu den Notverordnungen Stellung zu nehmen?

## Ein Doambo-Strategie in den Schlingen der Notverordnung

Wieder hat sich eine Stütze des heutigen Systems, eine von jenen, die „auf dem Boden der Regierung Brünning stehen und sie verteidigen“ und für die daher nach der Ansicht der Landauer Zentrumsgröße, des kürzlich notverordneten Hauptlehrer Wolff, die Notverordnung keine Geltung hat, in den Fallstricken der Notverordnung verfangen, weil es noch Gerichte gibt, die die Ansicht der System-Parteien nicht teilen, daß die Notverordnung nur für die Hakenkreuzler bestimmt ist. Diesmal was es zur Abwechslung kein Zentrumsmann, sondern einer der marxistischen Bundesgenossen der Brünning-Partei, der Führer der Ottenberger Judenschuttruppe, der Kranenführer Reis. Er hielt in der Nacht vom 22. Juni mit etwa 40 bis 50 in Otterbach, Otterberg und Erlendach zusammengetrommelten Doambo-Gardisten ein nächstliches „Schleichspiel“ ab, wie die Bürgerkriegsvorbereitungen der Hörsting-Garde genannt werden. Während sonst diese Bürgerkriegsvorbereitungen von manchen pfälzischen Behörden stillschweigend geduldet werden, kam es diesmal anders. Der Judenschuttruppier Reis erhielt wegen Vergehens gegen die Brünningische Notverordnung einen auf drei Monate Gefängnis lautenden Strafbefehl, gegen den er Berufung einlegte.

Etwas rundlich, ein lattes, volles Gesicht, große Ähnlichkeit mit seinem Herrn und Meister Hörsting, das ist der Herr Reichsbannerführer Reis, der vortrefflich zu seinem jüdischen Verteidiger Treidel paßt — ein wirklich demokratisches Paar.

Natürlich war die Nachhülfe nur ein „ganz harmloser Marsch“, wenn man der Darstellung des Reichsbannerhauptlings in der Verhandlung des Schöffengerichtes Otterberg Glauben schenken würde. 4 bis 5 Stunden marschierten diese „unpolitischen“ Schlichter der Republik. Die „Uebung“ selbst hat, nach der Angabe des Angeklagten, ungefähr eine Stunde gedauert. Er berichtet auch von „Verhaltungsmahregeln“, die er erteilt habe; wahrscheinlich hat er seinen Reichsbannerhelden hier gemacht, wie man die bösen Nazis angreift und „ausrottet“.

Ein kleiner Reichsbanner-Jüngling wird vernommen. Er erklärte, daß die Leute teils oben im Wald, teils unten von Erlendach nach Otterberg marschierten, um dann in der Wirk-

## Wer sind in Wahrheit die Friedhof-Schänder?

Eine „Schändung“ des alten Juden-Friedhofes in Zweibrücken sucht die Marxisten-Gazette von Kaiserlautern, die „Freie Presse“, dem Nationalsozialismus in lägenhafter Gehässigkeit anzuhängen. Dieser Juden-Friedhof ist schon seit langer Zeit geschlossen und vollkommen verwahrloht. Jeder, der nicht bestimmt weiß, daß sich hier ein Friedhof befindet, wird beim Anblick dieses völlig überwucherten und verfallenen Geländes viel eher einen alten stillgelegten Steinbruch vermuten, als eine den Toten geweihte Stätte. Die Grabsteine und Einfassungen liegen wahllos durcheinander, so daß man annehmen könnte, es sei ein Erdbeben vorausgegangen. Diese Wildnis verdient nicht den Namen „Friedhof“. Sie könnte die Meinung erwecken, die Vorfahren der deutschen Staatsbürger in diesen Gärten hätten sich zu Lebzeiten so unwürdig benommen, daß selbst die eigenen Kassegenossen es nicht für angebracht erachteten, der jüdischen Nachwelt das Angehen ihrer Väter zu erhalten.

Auf dem einzigen noch aufrecht stehenden Grabstein hat irgend ein Schmierling mit Del ein Hakenkreuz aufgemalt. Daraus konstruiert der Artikelreiber des Marxisten-Organs, je: ensfalls ein Sohn Israels, eine von Hakenkreuzern begangene „Friedhofschändung“. Dabei ist buchstäblich erwiesen — wie kürzlich in Waldmohr — daß derartige „Friedhofschändungen“ von marxistischen mit jüdischem Geld bezahlten Lockspiegeln begangen werden, um dem Nationalsozialismus eins auszuwichen, weil man ihn mit anständigen Waffen nicht zu bekämpfen vermag. So ist es sicher auch in diesem Fall.

Wenn übrigens der alte jüdische Friedhof in Zweibrücken geschändet worden ist, so bestimmt nicht von uns Nationalsozialisten, sondern von den Juden selbst, die es unterlassen, diese Totenstätte in einem Zustand zu erhalten, wie es bei allen gläubigen Christen als selbstverständliche, höchste und heiligste Pflicht empfunden wird.

## schaff Christmann zu landen. Das sieht verdammt nach „strategischen“ Uebungen aus, sofern man ein solches Wort auf diese „Nie-wieder-Kriegler“ anwenden darf.

Der Staatsanwalt vertrat die Rechtsauffassung, daß der Angeklagte Reis gegen die Notverordnung verstoßen hat, weil er eine politische Organisation in geschlossenerem Zuge marschieren ließ. Dabei sei es gleichgültig, ob es sich um eine Uebung oder nur um einen Marsch gehandelt habe. Er beantragte die Mindeststrafe von drei Monaten Gefängnis.

Dann kam die Sensation: der jüdische Anwalt Treidel mauschelt immer mit gefenktem Kopf eifrig hin- und herstampfend folgendes:

1. Die Angeklagte befand sich bei der Ausübung seiner bürgerlichen Staatsrechte.
2. Der Angeklagte hat keinerlei Interesse (wegen seiner politischen Einstellung) den Verordnungen dieses Staates zu widerzuhandeln.
3. Das Reichsbanner ist keine Nebenorganisation und kein Anhängel einer politischen Partei. Das Reichsbanner ist eine unpolitische Organisation.

Ein Lächeln geht bei diesen — ganz milde ausgedrückt — kühnen Behauptungen des Juden durch den überfüllten Zuhörerraum. Selbst Hörsting-Gardisten schmunzeln verhalten. Dann stimmt der Jude ein Klagegedicht an, wie weiland seine Vorfahren an der Klagemauer Jerusalems. Der arme Angeklagte — au wohl gefahren — sei ruiniert, die Existenz seiner Familie sei gefährdet. Er wollte doch nur diesen Staat beschützen (trotz unpolitischer Organisation) usw. Der Jude verlangt mindere Strafe bedingten Strafverlaß.

Der Staatsanwalt trat dem Geistes des Juden mit der Feststellung entgegen, daß die Parteizugehörigkeit kein Grund zum Strafverlaß sein darf.

Die Verhandlung endete mit der Verurteilung des Reichsbannerhauptlings zur Mindeststrafe von drei Monaten Gefängnis unter Gewährung von bedingtem Strafverlaß bis 1. September 1934.

Und wehe, wenn dies nicht pünktlich geschieht! Dafür kann man dann für den Verwaltungsapparat einen sehenswerten Luxusbau aufstellen. Wie lange soll die Miswirtschaft noch andauern?!

## Restlose Pleite der Dortmunder Krankenkasse

Der Größtenwahnsinn marxistischer Krankenkassen-Bongen hat nun auch in Dortmund zu einer Katastrophe geführt. Natürlich nicht für die feinsten Bongen, sondern für die bedauernswerten Mitglieder. Man hat in Dortmund genau wie hier in Mannheim ein riesiges Verwaltungsgebäude für die Ortskrankenkasse erstellt und ist dadurch in eine finanziell ruinöse Lage gekommen. Schon im ersten Halbjahr von 1931 sind die Krankenkassenbeiträge um eine halbe Million Mark zurückgegangen. Die zehnmal kurze Verwaltung versucht nun dieses Verhängnis durch Erhöhung der Mitgliederbeiträge um ein Prozent auszugleichen. Da dieses Mittel allein nicht hilft, sollen auch noch eine ganze Anzahl von Leistungen abgebaut werden. So soll der Frauenausschlag beim Krankengebe um die Hälfte gekürzt werden und die Zahlung des Hausgeldes will man auf 26 Wochen zurückschrauben. Und das alles, damit dem Größtenwahnsinn der marxistischen Bongen genüge geleistet wird, deren Partei angeblich gegen jeglichen Abbau der sozialen Lasten sein soll und die sich nicht genug tun kann, mit dieser Lüge ihre Schäflein bei der Stange zu halten.

## Wahnsinnspaläste für bonzokratische Tollhäusler

Die Verwaltung der Berliner Ortskrankenkasse wird nun ebenfalls dem „dringenden Bedürfnis“ abhelfen und sich einen Luxusbau für 5 Millionen Mark herrichten. Eingeweihte behaupten heute schon, daß nach den „guten Vorbildern“ anderer Luxusbauten — wie beispielsweise das Mannheimer Größtenwahn-Palats — die Kosten mindestens 8 Millionen betragen werden. Na, wir haben es ja auch dazu, heute, wo der Termite für jeden Krankenschein, jede Arznei seine letzten Grashesen vom Munde absparen muß, da muß doch für die Verwaltungsbongokratie was herauskommen! Es geht doch auch wirklich nicht an, daß jede mittlere Stadt zu ihren Schenswürdigkeiten einen luxuriösen Krankenkassendau zählt, und nur die Reichshauptstadt darauf verzichten soll. Das ist man doch schon der Repräsentationspflicht schuldig, auf die der Verwaltungsapparat der Berliner Ortskrankenkasse ganz besonderen Wert legt. Was besagt denn schon die berechtigten Forderungen der Versicherer gegenüber einer solchen moralischen Repräsentationspflicht!

Dieses „soziale“ Institut beginnt selbstverständlich die Einsparungen an den Versicherten, denn — so meint man — diese haben doch den ersten Anspruch auf einen Luxusbau, damit sie sehen, wo ihr sauer verdientes Geld hingeh! Die Kosten für den Millionenbau hat man nämlich in weiser Voraussicht

„gespart“, indem die Arznelmittelkosten für die Kranken, die im Jahre zusammen rund 7 Millionen ausmachen, erheblich gesenkt wurden. Die Kassen-Ärzte sind angewiesen, einfach entsprechend weniger zu verschreiben. So gelang es allein im Jahr 1930, den Betrag auf den Kopf des Versicherten von 18,15 Mark auf 15,63 Mark, also um über 2,50 Mark zu senken, was bei 7 Millionen rund 14 Prozent oder fast eine Million ausmacht. Dabei ist von dieser Senkung der Kosten nur ein Teil der Kassenmitglieder getroffen, nämlich die Kranken. Da trotzdem gemäß mit einer erheblichen Ueber-schreitung des Voranschlags bei den Krankenkassen zu rechnen ist, so wird wohl des laufenden Jahr eine ähnliche Senkung der Arzneikosten bringen, was ja durch eine neue Anweisung an die Ärzte leicht zu erreichen wäre. Dann hätte man 2 Millionen für den Bau verfügbar, denn eine Herabsetzung der Beiträge ist natürlich ebenso ausgeschlossen wie eine Einschränkung der Vermögensansammlung, für die etwa 15 Prozent der Einnahmen zurückgelegt werden.

Eine solche „Sparfamekt“ ist einer „sozialen“ Versicherungsanstalt würdig.

Auf die Gesundheit der Kassenmitglieder wird keinerlei Rücksicht genommen, sie haben nur die Pflicht, möglichst viele Beiträge zu bezahlen.



# Ist Hitler am 9. November 1923 an der Feldherrnhalle „verschwunden“?

Der Geistliche und christlichsoziale Landesrat Pfenneberger verurteilt, weil er Hitler der Feigheit beschuldigte.

Am 29. April fand in Kitz eine Versammlung des „Christlich-deutschen Studentebundes“ mit dem Thema „Hakenkreuz oder Christuskreuz“ statt, zu der die Kitzler Hitlerjugend eingeladen worden war. In seinem Referat verteilte sich nun der christlich-soziale Landesrat Pfenneberger, ein Geistlicher dazu, mit den Worten: „Hitler sei am 9. November 1923 bei der Feldherrnhalle verschwunden“, dem Führer der deutschen Freiheitsbewegung den Vorwurf persönlicher Feigheit zu machen. Darauf rief ihm der Führer der Hitlerjugend Pj. Horky zu: „Das ist eine Lüge“. Und nun tat der Herr Landesrat etwas Unkluges, er klagte den Hitlerjugenden auf Ehrenbeleidigung. Das war unklug, denn

das Gericht sprach den jungen Nationalsozialisten von der Anklage frei.

Denn — so sagte es — Pj. Horky hatte die Berechtigung zu seiner Äußerung. In der Begründung heißt es u. a., daß der hochwürdige Herr Privatkläger sich selber vom Boden der Sachlichkeit entfernt habe und schließlich sei

der Vorwurf der Feigheit gegen Hitler in keiner Weise berechtigt, da dieser sowohl als ein mit dem eisernen Kreuz 1. Klasse ausgezeichnete Frontsoldat, wie auch durch seine Haltung vor dem Münchener Volksgericht bewiesen habe, daß er nicht feige sei.

mährend die Redewendung vom „Verschwunden“ dies von ihm behauptete. Herr Pfenneberger war der Kläger — und wurde auf seine Kosten verurteilt.

Auch unsere Klagenfurter Christlichsozialen scheuen sich nicht — wie der „Vorwärts“, Klagenfurt schreibt — die gemeinsten Lügen und dümmsten Verleumdungen über Adolf Hitler zu verbreiten, so haben sie im „Kärntner Tageblatt“ und im „Lügenbühler“ natürlich auch die blödsinnige Lüge abgedruckt, daß Hitler anlässlich der Krisentage im Reich aus München nach Italien geflohen wäre. Das war also auch ein Vorwurf der Feigheit. Wir haben sie schon hundertmal auch der Lüge geziehen, doch unsere heimischen Christlichsozialen sind eben noch abgebrühter wie der Pfenneberger, deshalb bringen sie gar keine Klagen mehr ein. Sie verleumben einfach, etwas wird schon hängen bleiben.

## Kommt der Retter unserm Volke?

Die Wirtschaftskrise in Deutschland hat weniger wirtschaftliche, sondern geistige Ursachen. Die Erstörung der anständigen Gesinnung im Volk ist der Grund für die politische Knechtschaft und den wirtschaftlichen Verfall. Es ist nicht mehr Deutschlands Volk, es ist verdorbene Masse, nicht wert, erhalten zu bleiben, was im Namen des Reiches und des Klassenkampfes übereinander herfällt.

Viele Verzweifelte verlieren heute die Nerven, die innere Haltung: Nur loschlagen! Gleichviel, für was und auf wen! Einen Ausweg für Haß und Neid, für die innere Leere und Verzweiflung!

Wer verzweifelt, wird Kommunist; wer glaubt, wird Nationalsozialist!

Wenn die Verzweiflung und die innere, geistige und sittliche Leere zu stark wird in diesem Winter, dann geschieht in den nächsten Monaten, was Spengler vor einem Jahre voraussagte: „Ein Hungertod riesigen Ausmaßes, ein Sterben vieler Millionen ist auch für uns nicht undenkbar.“

Die Uebertäuser zum Klassenkampf und Bürgerkrieg, zu Reichsbanner und Rotfront mögen den Weg zum Chaos oft ehrlichen Herzens gehen, aber sie sind Wanderer in Nichts, und auf ihrem Weg reißen sie ein ganzes Volk mit sich in den Abgrund.

Planwirtschaft; vorläufige Lösung aus der lebensgefährlichen Verwirrung in die Weltwirtschaft; sittliche, ehrliche Ordnung; Dienst und nicht Geschäft — das kann uns vielleicht als Volk das Leben bewahren. Das, was uns retten kann, ist ein Mann! Ein nationaler Führer! Alles andere ist Vorbereitung dazu oder überflüssig! Der Mann lebt mitten unter uns. Wer ernsthaft wünscht, daß Deutschland nicht untergeht, daß die Massen nicht verzweifeln und hungern, der findet den Weg zu Adolf Hitler.

## Polnische Expansionsgelüste

Sie wollen Ostpreußen haben

In einer Zeit, in der die Politiker der ganzen Welt den polnischen Korridor als eine änderungsreife Angelegenheit betrachten, glaubt Polen phantastische Forderungen auf Ostpreußen anstellen zu müssen. So hat Oberst Baginski, der eine angesehene Stellung im polnischen Kriegsministerium bekleidet, eine Schrift herausgegeben, die er Pilsudski widmete und die er „Die Freiheit Polens auf dem Meere“ betitelt. Darin stellt er die ungeheuerliche Forderung auf, daß Ostpreußen wirtschaftlich mit Polen verknüpft werden müsse.

Er will damit Frieden und Freundschaft mit Deutschland herbeiführen! Für den Fall, daß dieses Argument als nicht ganz stichhaltig betrachtet wird, findet er noch weitere „Belegstücke“, erklärt mit etwas sonderbarer Geschicklichkeit und Tatsachenbetrachtung, daß Ostpreußen ja eigentlich polnisch sei, daß es im 12. Jahrhundert von Polen „kolonisiert“ worden sei, und daß es „niemals deutsches Land“ gewesen sei. Er „beweist“ dann weiter, daß es „nicht im Interesse der Weltwirtschaft“ sei, wenn Ostpreußen bei Deutschland bliebe. Er „stellt fest“, daß in Ostpreußen über 400 000 Polen leben würden, unbekümmert darum, daß bei der Volkszählung 1925 nur 20 000 gezählt wurden. Er hat sich eben um die Kleinigkeit von 380 000 zu Polens Gunsten verrechnet.

Man könnte über diese Schrift als die Ausgeburt eines kranken Gehirnes hinweggehen, wenn nicht der Verfasser aus höchsten polnischen Regierungskreisen stammen würde. So müssen wir es eben als eine neuerliche Unerforschtheit der Polen werten.

## Leutnant Scheringers „Rote Armee“

Wir berichteten kürzlich von dem neuen Hochverratsverfahren gegen den ehemaligen Reichswehroleutnant Scheringer, der während der Verbüßung seiner Strafe auf der Festung Gollnow unter dem Einfluß der dortigen Kommunisten zur KPD übergetreten war. Ueber dieses neue Hochverratsverfahren erzählt ein Berliner Montagsblatt folgendes:

Bei der Veranlassung des Reichsgerichts vorgenommenen Durchsuchung der Zelle Scheringers, der gegenwärtig noch seine Festungshaft in Gollnow abbüßt, wurden verschiedene Briefe vorgefunden, die Scheringer an aktive Reichswehroffiziere gerichtet hatte und in denen er die Bildung einer „Roten Armee“ in Deutschland propagierte. Scheringers Auffassung, die er wiederholt zu seinen Mitgefangenen wie auch jetzt in den beschlagnahmten Briefen an seine früheren Kameraden von der Reichswehr zum Ausdruck gebracht hat, geht dahin, daß die Zuspitzung der innen- und außenpolitischen Lage Deutschlands zu einem gewalttätigen Entscheidungskampf dränge, für den jeder ge-

## Verboten! Verboten!

Nach einer Mitteilung der Polizeidirektion München wurde der „Wolfsche Beobachter“ in seiner Bayernausgabe und seiner Reichsausgabe mit sofortiger Wirkung bis zum 1. September einschließlich auf Grund der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 28. März 1931 verboten.

Das Verbot erfolgte wegen eines Auffasses, in dem der Polizeiler Vorwurf gemacht wurde, daß sie bei dem letzten Verbot des „Wolfschen Beobachters“ nicht ihrer Amtspflicht gemäß nach sachlichen Gesichtspunkten gehandelt habe.

Schon die Kürze der Verbotsdauer deutet darauf hin, daß der Münchener Polizeipräsident seiner Sache doch nicht so ganz sicher ist. Nach unserer Ansicht dürfte dieses Verbot nicht dem besten Willen nicht aufrecht zu erhalten sein. Oder ist der oben näher bezeichnete „Vorwurf“ eine Beleidigung der Polizei?

## SPD-Leuchte als Polenspieler

Ein unerhörter Fall politischer Gewissenlosigkeit beschäftigt gegenwärtig die Beutener politische Polizei. Dort wurden seit einiger Zeit wichtige Akten und Schriftstücke vernichtet, die wie es sich herausstellte, durch den Kriminalassistenten Wierzick an Polen verkauft wurden. Dieser sonderbare Kriminalassistent, eine Leuchte der Beutener SPD,

dessen Sozialnebel in der „Überwachung“ nationalsozialistischer Versammlungen bestand, steht weiter im Verdacht, für die polnische Regierung gegen Bezahlung Spionage betrieben zu haben. Seiner verantwortlichen Vernehmung hat sich der saubere Herr durch die Flucht entzogen.

Bezeichnend ist hieran wiederum, daß die Hezjournaliste den Vorfall völlig verschweigt. Man erinnere sich im Vergleich hierzu an die romanhaften Schilderungen und Pamphlete, die von der Illustriertenpresse gegen die nationalsozialistische Bewegung ausgeplendet wurden, als ein pommerischer SA-Führer wegen Spionagederhand verhaftet wurde. Geflissentlich unterließ man hierbei dann noch das Ergebnis der Untersuchung,

welche die völlige Ansehenslosigkeit der Nationalsozialisten feststellen mußte.

Wo es sich um einen SPD-Mann handelt, der sich der Verantwortung durch seine Flucht entzog, herrscht Schweigen im gallischen Bisterrwald.

riktet sein müsse, dem wirklich die „nationale und soziale Befreiung des deutschen Volkes“ — so lautet bekanntlich eine von der kommunistischen Partei kürzlich neu ausgegebene Losung — am Herzen läge.

Leutnant Scheringers ursprüngliche Absicht war, sich nach Verbüßung der Festungshaft in etwaa drei Wochen ihr Ende erreicht hat, nach Sowjet-Rußland zu begeben und dort sich in die russische Rote Armee einzureihen. Von diesem Plan hat ihn jedoch der Einfluß des Oberleutnants Wendt, mit dem zusammen er seinerzeit wegen des Versuchs nationalsozialistischer Zellenbildung in der Reichswehr verurteilt wurde, der dann jedoch den unerwarteten Uebertritt Scheringers zu den Kommunisten nicht mitgemacht hat, wieder abgedrückt. Statt dessen taucht in ihm der Gedanke auf, in Deutschland selbst den Aufbau einer „Roten Befreiungsarmee“ in die Wege zu leiten, doch hat das Eingreifen des Reichsgerichts den ersten Versuch hierzu bereits ein Ende bereitet.

Im übrigen wird Leutnant Scheringer nach seiner Entlassung aus der Festungshaft auch kaum Gelegenheit haben, seinen ursprünglichen Plan, nach Rußland zu gehen, zur Ausführung zu bringen, da das Reichsgericht wegen des neuen Hochverrats-Vergehens voraussichtlich einen Haftbefehl gegen Scheringer erlassen wird.

So ist allem Anschein nach das sehr rasch eingetroffen, was wir vorausgesagt haben. Die Laufbahn dieses sogenannten „Revolutionärs“ hat ein jähes Ende gefunden. Er mag sich dafür bei seinen kommunistischen „Verführern“ bedanken...

## Unrecht Gut!

Nachdem der Karstadt-Konzern vor einigen Jahren durch „großartige“ Expansionspolitik seine Gesamtzahl von 100 Warenhäusern zu einer Scheinblüte entfaltete, krachte es in den letzten Monaten bedenklich. Das 5-jährige Jubiläum wurde noch mit aufgedonneter Pomp und wehrlicher Reklame „gefeiert“, doch kurze Zeit danach schon stellte es sich heraus, daß die Gesellschaft durch unverantwortliche Spekulationen der Leiter eigentlich pleite war. Auf Kosten der Aktionäre wurde noch einmal „fantasiert“, der Laden nach außen zusammengekleistert. Trotz der eingeschlagenen Verschleierrungsstrategie wurde es jedoch offenkundig, daß neben den Spekulations-

geschäften durch Wechselreitereien dem Konzern neue schwere Verluste zugeführt wurden. Die Pleite steht anscheinend nunmehr bevor, denn wie das „Hamburger Tageblatt“ mitteilt, hat sich die finanzielle Situation des Warenhauskonzerns derart verschlechtert, daß die schwersten Beschränkungen zu seiner Existenz bestehen. Daß die Firma Karstadt dank ihrer großwahnsinnigen und jeder kaufmännischen Voraussicht entbehrenden Expansionspolitik sich in keiner glänzenden finanziellen Verfassung befindet, weiß man schon seit längerer Zeit. Die Generalversammlung vor einigen Wochen war ja eine einzige

Trauerveranstaltung der leidtragenden Aktionäre.

Rechnungen von Lieferanten, die im Februar eingereicht wurden, sollen bis heute noch nicht begahit sein. Auf einer Versammlung der Karstadt-Lieferanten, die am 4. August in Hamburg stattgefunden hat, wurde beschlossen, die Lieferungen an den Karstadt-Konzern vorläufig einzustellen.

Ein altes Sprichwort sagt es schon: „Unrecht Gut gedeihet nicht.“ Auch die anderen Warenhausstruße werden dem verdienten Schicksal nicht entgehen.

## Jüdische Geschäftsmethoden

Die jüdische Schuhfabrik Langemann G.m.b.H. in Niederuerebach bei Zweibrücken hat ihren sämtlichen Angestellten am 1. Oktober 1931 gekündigt. Angeblich handelt es sich um eine vorfällige (!!) Maßnahme zwecks Neuorganisation der Angestellten-Verhältnisse. Was diese „vorfällige Maßnahme“ erreichen soll, ist ganz klar. Die Angestellten fliegen auf die Straße, werden aber in einigen Wochen wieder eingestellt, wenn sie sich bereit erklären, zu den von den Juden gestellten Bedingungen die Arbeit wieder aufzunehmen; d. h. sie können arbeiten, wenn sie sich nicht unterziehen, eine auch nur halbwegs menschenwürdige Entlohnung zu fordern. Das sind die alten, längst durchschauten Geschäftsmethoden jüdischer Kapitalisten, wie sie solche in ganz Deutschland zur Anwendung bringen. Mit rücksichtsloser Skrupellosigkeit nutzt der Jude die Not des geknechten deutschen Volkes aus, um Millionen und Dutzend Millionen zu verdienen. Wenn ein deutscher Geschäftsmann seinen Betrieb schließt, ist er ruhmlos bankrott. Sein Eigentum kommt unter den Hammer, um von irgendeinem Hebräer aufgekauft zu werden. Der Jude macht bankrott, um — sich zu erheben. Die Stunde wird aber bald schlagen, wo diese jüdische Dummheit abgedroschelt wird. Es wird auch allerhöchste Zeit.

## Komplexe in R 3, 14

In ihrer Nr. 224 vom 22. d. Mts. bringt die „Volksstimme“ in ihrem lokalen Teil einen kleinen Bericht über die damals bevorgestandene „Sandhofer Kerne“. Man ist ja von R 3, 14 gewohnt, daß die Geschäftsweit, welche an der Lügenstimme kein Interesse hat, dann und wann in der Öffentlichkeit herumgeschmiert wird. Dieser Geschäftsterror wird angewandt nach dem Motto:

Und willst Du nicht mein Bruder sein, dann schlag ich Dir den Schädel ein!

In dem erwähnten kurzen Bericht führt das Blatt diejenigen Sandhofer Gaststätten auf, die „kein Interesse an der Volksstimme haben“ und fordert die Parteigenossen auf, dieselben auch nicht zu berücksichtigen. So ein Verhalten bezwecknet man gewöhnlich, aber nur wenn es sich um keine Sozials handelt, milde ausgedrückt, als geschäftsschädigend.

Bis hierher läge alles auf der ertrotzten Linie marxistischen Geschäftsterror. Doch der „Volksstimme“ ist ein kleiner Regiefehler unterlaufen. — In ihrem Inseratenteil derselben Nummer, in welcher der betr. Artikel stand, und in dem einige Gaststätten von diesem sozialdemokratischen Einwickelpapier gebrandmarkt wurden, bringt die „Volksstimme“ eben diese gebrandmarkten Gaststätten zur Empfehlung! Darin Verschlingungen im Gehirn? Oder Blutrausch wegen Abonnentenschwundes? Komplexe? Wer kann's unterscheiden?

## 339 000 Mk. für ein arbeitloses Bauamt!

Im Mannheimer Bauamt ist die Arbeit ausgegangen! Sämtliche Projekte sind aufgearbeitet und die Bauamtmänner warten sehnsüchtig auf die kommende Baublüte! Nachdem das Mütter- und Säuglingsheim, die Verkaufshäuschen und die Waldschule soweit fertiggestellt sind, ist totale Ebbe eingetreten. In einem Privatbetrieb wird in einem solchen Fall die Kündigung ausgeprochen, im städtischen Bauamt aber werden weiterhin 44 Fachleute in der Bauverwaltung beschäftigt, die zusammen sage und schreibe 339 000 Mark „verdienen“. Die Herren erhalten im Durchschnitt monatlich 660 Mark oder im Jahr 7920 Mark. So wird bei uns gewirtschaftet und der Herr OB. kann sich so naiv stellen.

In dieser Bauverwaltung gibt es allein: 1 Oberbaudirektor, 2 Baudirektoren, 4 Bauamtmänner, 2 Oberbauärzte, 4 Bauärzte, 11 Oberbaupraktanten. Das sind zusammen 24 obere Beamte, die dasitzen und kaum Arbeit leisten und es sich auf Kosten der Mannheimer Steuerzahler gut sein lassen können. Herr Sparkommissar, wir wünschen, daß Sie hier nach dem Rechten sehen. Die Stadt hat keine 339 000 Mark übrig, um einigen Beamten, die z. T. kaum beschäftigt sind, Gehälter zu zahlen.

## Pj. Lenz, M. d. R., in Bretten

Vor über 500 Volksgenossen sprach vergangenen Samstag Pj. Lenz, M. d. R. über: „Marxismus oder Nationalsozialismus“. Die SPD. und das Reichsbanner, das zu dieser Versammlung eingeladen war, kniff wie immer. In zweistündigem Referat rechnete Pj. Lenz in seiner temperamentvollen Art mit dem heutigen System ab. Die Notverordnungen der Regierung Brünning seien das beste Propagandamittel für den Nationalsozialismus. Reicher Beifall dankte dem unermüdeten Kämpfer für seine Ausführungen. In ohnmächtiger Wut über den glänzenden Verlauf der Versammlung wollten sich die Marxisten dadurch rächen, daß sie in der darauffolgenden Nacht mit Hebeln die Anschlagtafeln für unsere Zeitung wegzureißen versuchten. Diesen randalierenden Burschen werden wir zur gegebenen Zeit die richtige Antwort erteilen! — Reiche Kampfspende und einige Neubestellungen für unser Kampfblatt war der äußere Erfolg!

Ge  
Du  
du 2-3  
schen an  
eines wo  
Paentha  
ambicet.  
Ra. fol  
Omnib  
fährt  
heim i  
Da  
stehen, i  
so: tel r  
mel'er  
Vellsen  
darüber  
den billi  
zu brin  
geren el  
einschli  
funktioni  
eine Sei  
stelle der  
als wof  
Stand: re  
son'ern  
Straße u  
hungrige  
ins Herz  
sorgen a  
deutsch  
ich sta  
bist, dem  
schla g  
Kopf.  
Du  
Diktatur  
der Erm  
haft, auf  
wenn an  
arbeitsfr  
betrachtet  
„Sh  
Stief  
Mann a  
markt, e  
im Karp  
keit unt  
Nachme  
Erregung  
der Sch  
die Gaf  
welter  
Dah  
Schwans,  
Die Grob  
Aufgabe  
gehen, i  
nungsann  
nit wech  
auf die a  
Ne seine  
stößes h  
Durchsch  
nehmen g  
Eingel  
Polize  
für sich a



# Groß-Mannheim

## Mannheimer Nervositäten / Von Hewo

Du gehst durch die Straßen der Großstadt. Immer, wenn du 2-300 m gegangen bist, triffst du eine Gruppe von Menschen an, die auf dem Gehweg stehen und den Deklamationen eines wahren Jakobs lauschen, der eine neue Salbe, ein Paar Patenthosenträger, oder die technisch vollendetsten Schnürsenkel anbietet. In der Großstadt, wo außer den Fußgängern und Radfahrern, Straßenbahnen und Hochbahnen, U-Bahnen, Omnibusse und weih der Teufel was sonst noch umeinander fährt, ist das so. In unbedeutenderen Kleinstädten wie Mannheim ist das nicht möglich.

Da tritt es sich häufig, daß vor der Chape 84 Fahrer stehen, sowie dazu gehörige Besatzung, und daß noch einmal so viel vor den Schaufenstern ein Verkehrsbehinderung bilden, daß weiter vor irgend einem jüdischen Schmoller oder Bronker, Bellendenluft oder Trompetenschleim hunderte von Menschen darüber phantasieren, wie der Inhalt ihres Geldbeutels mit den billigen Preisangeboten der weißen Woche in Einklang zu bringen wäre. So ist das in Mannheim. Du kannst hundert gehen eins weiten, daß kein Volkst ist, weil die Polizei einsichtig genug ist, vor jüdischen Warenhäusern kein staatlich sanktioniertes Verkehrsbehinderung zu sehen. Gehst du aber in eine Seitenstraße nach P 5, 13 a, z. Beispiel vor die Geschäftsstelle der Nazis, dann lieber Zeitgenosse, hast du den Eindruck, als wollten die Polizeidirektion demonstrieren, wie das Standrecht aussieht. Da läuft nicht ein Tschako spazieren, sondern es bewegen sich mitunter sechs bis zehn Blau auf der Straße und bilden den Kristallisationspunkt für alle ereignisshungrigen Mannheimer. Du hast Gelegenheit, der Polizei bis ins Herz zu schauen. Du siehst finstere Polizeigefächter, denen das Verantwortungsbewußtsein für Ruhe und Ordnung zu sorgen aus den Knopflöchern schaut. Du hörst das Unverständliche in einem nicht gerade gewinnenden Jargon und du sagst "ich staatsverhaltend, gefeiert, legat wie du nun einmal bist, dem ersten Brüller: "Scheren Sie sich weg, sonst schlage ich Ihnen den Gummiknüppel auf den Kopf."

Du hast im Zeitalter der Notverordnungen, der totalen Diktatur das Maul zu halten, du mußt das Recht mit Hilfe der Ermüdung, daß du als Umlagezahler Trottoiransprüche hast, auf die Seite stellen. Du hast sogar dann zu schweigen, wenn am Samstag, den 22. August, vormittags 10 Uhr, ein arbeitsfreudiger Wachmeister den anwesenden Schaufensterbetrachtern erklärt:

**"Ihr Arbeitslosen seid lauter Faulenzer und wollt ja doch nichts schaffen."**

Steht da am vergangenen Samstag mittag ein junger Mann auf dem Trottoir, der auf seine Tante oder Kusine wartet, ein junger Mann, der so harmlos ist wie ein Goldfisch im Karpenteich, und der pöhlisch in seiner naiven Harmlosigkeit unter die rücksichtslosen Griffe eines karriereglücklichen Wachmeisters gerät. Folge: Volksgemurmel und begriffliche Erregung. Weitere Folge: schwirrende Sähe, die den Schmelz der Stimme verloren haben und in zitternder Erregung durch die Gasse klagen: "Wollen Sie machen, daß Sie weiterkommen."

Daß man sich nicht mißversteht, das machen nicht alle Schupos, sondern das machen die Kleinen von ihnen, während die Großen sich schämen, weil ihnen bewußt ist, daß die heilige Aufgabe der Polizei Dienst am Steuerkunden heißt. Genau gesehen, ist es eigentlich nur ein Wachmeister, der seine Ordnungsanweisung brüsk herunterblättert. Du staunst darüber, wie dieser Mensch die kleine Mann von einer Trottoirfläche auf die andere schiebt und mit starrem Blick nach Menschen sucht, die seiner unmaßgeblichen Meinung nach ein Stein des Anstoßes sind. Dieser Polizeibeamte, der den Reim zu dem Durchseinantr legte, ist alles andere als soldatisch, sein Benehmen geradezu anmaßend. Es wäre falsch, aus dieser Einzelerscheinung Schlüsse auf die gesamte Polizei zu ziehen. Herr Wachmeister Fieber darf für sich allein den traurigen Ruhm in Anspruch nehmen, ebenso

denjenigen, Bürgerkrieg auf eigene Faust zu führen mit dem eingebildeten Ziel einer vorteilhaften Karriere. In dem Durcheinander, das er vor unserer Geschäftsstelle anrichtete, erschienen noch einige weitere Beamte und unter Reichstagsabgeordneter Lenz. Abgeordneter Lenz wollte Ruhe stiften. Doch Herr Fieber brüllte ihn sofort mit einem Stimmaufwand an als hätte er einen Taubstummen vor sich: "Wollen Sie sich wegscheren oder ich?" ... worauf er in einem leicht erregten Unterton, aber mit dem Anstand eines wohl-erzogenen Untertan von unserem Abgeordneten zur Antwort erhielt: "Erstens bin ich kein ... und zweitens wie Sie sehen, bemüht, die Polizei in Ausübung ihres Berufes zu unterstützen und drittens interessiere ich mich als Abgeordneter für das Vorgehen der Polizei, insbesondere für Ihre Person, mein sehr verehrter Herr!"

Trotzdem Abg. Lenz seinen Ausweis vorzeigte, schrie ihn der vermutlich der SPD. angehörende Herr Fieber an: "Darauf pfeif ich, Sie sind verhaftet." Als Antwort erhielt er: "Sooo, verhaftet?" - worauf nochmals die Stimme des Befehles ertönte: "Sie sind vorläufig festgenommen, gehen Sie mit auf die Wache!" Vor der Polizeiwache verließ der junge Mann vollkommen seine Beherrschung und zerrt den Abgeordneten Lenz ohne jede Veranlassung an seinen Kleidern herum. Erst auf die Frage: "Wollen Sie noch einen Anzug bezahlen?" wurde der Herr Fieber gefeiert.

Und dann sah Abg. Lenz hinter Schloß und Riegel in der Einzelzelle zur Freude aller Mannheimer Nationalsozialisten, denen damit bewiesen war, daß ein M.D.R. auch nicht mehr ist, als ein gewöhnlich Sterblicher.

Der nächste, der dran kam, war Stadt- und Bezirksrat Felt. Da er persönlich von dem Herrn Polizeidirektor erfahren hatte, daß sogar der Herr Oberbürgermeister von der Polizei erlitten. Allen Ernstes! Man scheint bei der Mannheimer Polizei: Irtaktion eben doch mehr Vernunft zu haben, als einzelne Beamten sie auszuführen vermögen. Mit verblüffender Einfachheit wurde nämlich verfügt: "Lassen Sie den Lenz frei, er soll für Ordnung sorgen." Und siehe da: in drei Minuten war das Mannheimer Straßenbild wieder hergestellt; die Handkarren rumpelten übers Pflaster, die Straßenbahn klingelte an den Planken vorbei, ja man hörte sogar diese Symphonie der Großstadt, weil kein hysterischer Schrei mehr die Luft durchgellte.

Die Moral der Geschichte: Die Polizeidirektion muß für unbedingte Ordnung sorgen. Wir Nationalsozialisten sehen das ein und fügen uns ihrem Ordnungswillen. Die Polizei: Irtaktion wechselt die Beamten und anstandslos fügten sich auch die Passanten den Anordnungen.

In der ganzen Geschichte waren nicht wir Nationalsozialisten und die Polizei schuld, sondern die gereizten Nerven einiger weniger Beamten und deren persönliche Unfähigkeit Polizeidienst auszuüben.

Was man daraus lernen sollte? Polizeimänner zur Aufrechterhaltung der Ordnung zu stellen, und den 2-3 nervösen Beamten ein halbes Jahr Erholungsurlaub in oregonischer Luft zu gewähren, den Wachmeister Fieber auf dem Dienstwege zu veranlassen seine Dienstvorschriften auswendig zu lernen, damit er sie endlich genau kennen lernt und sie auch ordnungsgemäß anwendet. Im übrigen empfehlen wir der Polizeidirektion, den Herrn Fieber ein bisschen an die Kandare zu nehmen, damit auch er ein guter Beamter wird und sich weder der Herr Polizeidirektor, noch die Stadt wegen ihm blamiert.

## Zu welchem Zweck, Herr Fieber ... ?

Gas-, Elektrizitäts- und Wasserspense sind nicht gerade billig. Wenn so gegen Ende des Monats der Kaffier kommt, erschrickt die Hausfrau fast jedesmal wegen der Höhe der Rechnung. Sie erstaunt darüber, daß trotz aller Sparlichkeit der Gasmesser einen so großen Verbrauch meldet. Mit jager Hand greift sie in den mageren Bestandrest des Haushaltsbudgets und entrichtet den Betrag. Wenn der betreffende Kaffier gar noch ein freundliches und begütigendes Wort zu sagen weiß, wickelt sich das kleine Zahlungsgeschäft in den meisten Fällen ohne Schwierigkeiten ab.

Es gibt aber auch andere Kaffiere und von denen soll hier die Rede sein. Herr Fieber von dem städtischen Gaswerk schickt einen gewissen Herrn S. D. in die Gegend, der neben seines Inhabergeschäftes für das Gaswerk auch noch politische Agitation in schwarz-roter Erfüllungspolitik macht und der versucht, die Hausfrauen von seinem unwerdenden politischen Quatsch zu überzeugen. Dabei werden die Juden- und Erfüllungsbüchlein in empfehlende Erinnerung gebracht, während er beispielsweise vor nationalsozialistischen Zeitungen im allgemeinen und dem Mannheimer Hakenkreuz-Danner im besonderen warnt. Wenn er mit seinem Gewäsch auf Widerstand stößt, dann versucht er seine Entgeltungen ins Lächerliche zu ziehen.

Wir fragen Herrn Direktor Fieber: In welchem Auftrag und mit welchem Parteibuch betreibt dieser Kaffier sein Handwerk? Dürft die Direktion des Gaswerkes, daß seine Gasabnehmer mit den blöden politischen Tiraden dieses kleinen systemtreuen Herrn belästigt werden? Zu welchem Zweck, Herr Fieber, haben Sie den Herrn S. D. eingestellt? Wissen Sie, daß ein großer Teil Ihrer Kunden über die Methoden dieses Herrn entrüstet ist? Glauben Sie, daß dieser Kaffier Dienst am Kunden leistet? Gedenken Sie diesen seltsamen Beamten in die Schranken seines Dienstbereiches zurückzuweisen?

Wenn das Gaswerk das nicht fertig bringen sollte, dann werden seine Kunden Mittel und Wege finden müssen, sich

dieses politischen Hausleiters zu entledigen. Jedenfalls kann es ihm passieren, daß er gelegentlich samt seiner politischen Weisheit die Treppen hinunterstürzt und zwar so lange, bis an seiner Stelle ein Beamter kassiert und kein politischer Fechtbruder.

## Volkstimme - Lügenstimme!

Vor einiger Zeit brachte die Lügenstimme von R 3 einen Bericht über die Umbenennung der Straßennamen in Plankstadt. Wie man das gewohnt ist, enthielt auch dieser Artikel eine ganze Reihe von Unwahrheiten und Verdrehungen. Die Lohnschreiber wissen ja nichts anderes, als uns Nationalsozialisten zu verleumdern und wenn sie dazu das Blau vom Himmel herunter lägen müssen. Unseren Vg. und Gemeinderat G. u. d., der durch jahrelange Arbeit in den Besitz eines Hauses mit Wirtschaftsbetrieb gekommen war, bezelohnten diese Sudelbuben als Neureichen, dabei war G. u. d. tatsächlich schon vor dem Kriege Hausbesitzer. Wenn also heute in Deutschland einer noch ein Haus hat, so wird er von den Sozials als Neureicher bezelohnt. Wenn aber ihre Genossen sich Paläste erbauen und vor lauter Uebermut nicht wissen, wohin mit dem vielen Geld, so finden dies die Herren als ganz angebracht. Die Nationalsozialisten brachten im Gemeinderat einen Antrag ein, man möge die alten Schilder, die auf dem Rathaus standen, für die Straßennamen verwenden. Damit hätte die Gemeinde keine unnötigen Ausgaben gehabt und die Schilder hätten ihre Verwendung gefunden. Es lag den Nationalsozialisten ganz fern und niemand dachte daran, ausgerechnet die Namen zu verwenden, die tatsächlich auf den Schildern standen. Die Sozials schlochten die Angelegenheit gleich politisch aus und fühlten sich gekränkt, daß man nicht die Straßen mit Namen von Männern bezelohnte, die "für die Republik durch Wörderhand ihr Leben lassen mußten". Auf den Steuerzahler nehmen die Herrschaften keine Rücksicht, die Hauptsache ist eben, daß das Geld hinausgeschleudert wird!

# Haltet den Dieb!

## Sedenheimer Zentrumswähler seht euch eure Führer an!

Ganz empört über die Soziewirtschaft im Mannheimer Stadtschulamt wendet sich in der Mittwoch-Ausgabe des "Mannheimer Volksblattes" ein Sedenheimer Zentrumsmann an die Einwohnerschaft des Vorortes, um das beabsichtigte Vorhaben des Stadtschulamtes Mannheim unbedingt zu verhindern. Er kündigt einen Kampf an den der übertragene Teil der Einwohnerschaft gegen das Stadtschulamt Mannheim führen wird, im Falle der Verlegung des Turnunterrichtes in das Vereinshaus der SPD. Den Ausführungen und den Kampfanregungen können wir Nationalsozialisten selbstverständlich beistimmen. Die NSDAP. Ortsgruppe Sedenheim, hat bereits vor Monaten schon in der Öffentlichkeit gegen dieses Vorhaben Stellung genommen und das Zentrum hinkte hintendrein. In der Zwischenzeit haben sich bereits noch zwei weitere Bundesgenossen in Sedenheim gefunden. Der Landbund soll vergangene Woche an das Stadtschulamt ein in aller Schärfe gehaltenes Schreiben gerichtet haben. Neuerdings will sich auch die "Deutsche Volkspartei" (die Partei ohne Volk!) dafür interessieren. Bei all den schönen Kampfanlagen des Zentrumsmannes, die wir voll und ganz verstehen können, möchten wir nur eines nicht in Vergessenheit geraten lassen:

**Das Zentrum ist durch die en bloc-Abstimmung ersichtlich der Beratung des Mannheimer Staats daran schuld, daß es überhaupt soweit gekommen ist.**

Das Sedenheimer Zentrum hat angeblich einen so überaus tüchtigen Politiker im Bürgerausschuß sitzen. Warum hat denn dieser Herr bei der en bloc-Abstimmung nicht eingehakt und zur Bedingung gemacht, daß dieser Punkt einer Sonder-Abstimmung vorbehalten bleibe? In jener Bürgerausschußsitzung hätte man mit Leichtigkeit diesen Vergeßenswerten Fall aus der Welt schaffen können. Die lieben Freunde des Zentrums, die Sozialdemokraten, wären bei einigermaßen günstiger Ruhandelsobjekt sicher bereit gewesen, dem frommen Koalitionspartner einen Freundschaftsdienst zu erweisen. Man ist ja diese Art Ruhandelspolitik von diesen Parteien gewohnt, denn sie haben es auf diesem Gebiete zu einer unerreichten Meisterkunst gebracht. Das hätte man sofalls noch als tatkräftige Politik ansprechen können, jedenfalls hätte der Zweck die Mittel geheiligt. Das Sedenheimer Zentrum spuckt doch immer so große Bogen und will die Partei sein, die für alles sorgt und an alles denkt! Hier hat es - wie immer - verlagert; der Zentrumsmann von Sedenheim hat im Bürgerausschuß den Kopf verloren und an alles andere gedacht, als an seine eigenen Parteigenossen in Sedenheim, sonst hätte ihm dieser Lapsus nicht unterlaufen dürfen.

Nun schreien die Zentrumskräfte die Welt voll, eilen von Pontius zu Pilatus, statt daß sie im entscheidenden Moment die Augen aufgemacht hätten! - Jetzt, nachdem der Brunnen zugebaut ist wollen die Herrschaften das Kind herausziehen! So ist es aber immer bei den Leuchten dieser Partei!

## Aus dem Mannheimer Gerichtssaal

Vergangene Woche stand der "Flinke Ludwig" vor den Schranken des Gerichtes, da er gegen ein Urteil in erster Instanz Berufung eingelegt hatte. Ludwig Busch, der am 1. April des Jahres 1929 in Mannheim sein Geschäft gegründet hatte und dem es gelungen war, aus dem Nichts heraus ein beachtenswertes Geschäftsunternehmen zu gründen, wurde zum Vorwurf gemacht, er habe Steuerelder hinterzogen und die "Volkstimme" natürlich laudiert voller Freude auf, daß gerade ein Nazi solche "Unerschlichkeit" machen muß. Hier müssen wir gründlich einhaken und den Herrschaften von R 3 sowohl, als auch dem "unparteiischen" Gericht die unverblühte Latsche vor Augen führen.

Das Finanzamt Mannheim-Stadt hat ungewissheit den Angeklagten Busch bei der Steuererschätzung viel zu hoch taxiert. Es ist einfach ausgeschlossen, daß der Angeklagte vom 1. April des Jahres 1929 bis zum 31. Dezember 1930 einen Umsatz von RM 30 000.- gehabt hat. Wenn man bei solchen Angelegenheiten nur einen Fachmann zu Rate ziehen würde, dann können diese unbilligen Einschätzungen gar nicht vor. Wenn dem Angeklagten Busch zum Vorwurf gemacht wurde, daß er nie auf dem Finanzamt Mannheim-Stadt war, um seine Umsatzsteuer zu zahlen, so ist zu entgegnen, daß nach Aussagen des Angeklagten derselbe tatsächlich auf dem Finanzamt war, aber dort in einer ganz brüskeren Art und Weise von dem betr. Beamten namens Grabmalier behandelt wurde. Grabmalier soll u. a. zu dem Angeklagten gesagt haben: "Was, Sie werden ausgewiesen, Sie sind ein Ausländer! Was will nicht sagen Ausländer, aber ein Eindringling, der das einheimische Schuhmacher-Handwerk ruiniert, und so einer muß ausgewiesen werden!"

Wenn also in Deutschland einer 4 Jahre an der Front stand und dazu noch als Schwerekriegsbeschädigter nach Hause kam, dann wird er als Ausländer bezelohnt. Ein deutscher Frontsoldat muß sich von einem Beamten eine betrieblige Gemeinheit in's Gesicht schleudern lassen! - Dann führte dieser Herr Beamte noch weiter aus: "Er würde weder Busch noch seinen Blöden Glauben schenken!" Dieses Argument beweist eindeutig, wieviel Vertrauen das Finanzamt zu seinen Steuerzahlern hat. Wenn natürlich die Behörden schon mit Mißtrauen vorgehen, so kann man dem deutschen Steuerzahler wirklich keine Vorwürfe machen, wenn er sich genau so einstellt wie die Behörden selber.

Nach eingehender Verhandlung zeigte es sich auch, daß das Finanzamt Mannheim-Stadt von einer Schuld nicht freigesprochen werden kann. Weiter ist zu erwähnen, daß sich das Finanzamt zum ersten Male in eine Angelegenheit gemischt hat, die man selber von dieser Seite nie gewohnt war. Wie kann sich das Finanzamt nur das Recht herausnehmen und behaupten, daß Busch der einheimischen Konkurrenz schweren Schaden durch seine billigen Preise zugefügt hat? So was war tatsächlich bis heute noch nicht da!

Wir sind gespannt, ob die zuständige Behörde gegen den Beamten keine weiteren Schritte unternimmt. Im übrigen wird es sich bei der Berufungsverhandlung zeigen, ob tatsächlich der "Flinke Ludwig" bewußt Steuerelder hinterzogen hat oder ob nicht wieder einmal die Lügenstimme in R 3, 14 mit ihren Verleumdungen zu "flink" gewesen ist.



# Von der Bergstraße

## Weinheimer Brief

### Wer ist der Gemeindevolk? — Nachklänge zur Bürgerausschuss-Sitzung vom 20. 8. 31 — Bürgervereins- und Rathauspolitik!

Anlässlich der letzten Bürgerausschuss-Sitzung wurde ein Schreiben des Herrn Stadtrat Brück verlesen, das er angeblich im Namen und Auftrag des Gemeindevolkes verfasst haben will. Da wir gerade in gemeindepolitischen Dingen für klare Verhältnisse sind, richten wir an Herrn Brück die öffentliche Anfrage, was das für ein Gemeindevolk ist, in dessen Auftrag er gehandelt hat. Im letzten Bürgerausschuss bestand der Gemeindevolk aus der Deutschnationalen Volkspartei, der Volkspartei und den Demokraten. Die Deutschnationalen hatten sich im letzten Bürgerausschuss sofort abgefunden. In der letzten Bürgerausschuss-Sitzung erklärte nun Herr Falk, daß Herr Brück von der Staatspartei zu der verlesenen Erklärung nicht beauftragt worden sei. Was ist also nun der Gemeindevolk? Er ist nichts anderes, als die zusammengehauene deutsche Volkspartei. Wir müssen es als eine Annäherung sondergleichen bezeichnen, wenn die Partei mit dem halben Stadtrat sich hier wie ein Truthahn aufbläht. Wir wissen ja, daß Beseitigung noch nie die besondere Stärke dieser Herrschaften gewesen ist. Wir werden aber alles tun, um diese „Bernegrotze“ von ihrer Grobmannsjucht zu heilen.

Auch der Bürgerverein hatte zur letzten Bürgerausschuss-Sitzung ein Protestschreiben geschickt. Eine rechtliche Bedeutung kam diesem Schreiben nicht zu, da es keine Unterschrift trug. Wir sind ja von dieser Seite derartiges gewohnt. Vor einiger Zeit wurde beim Stadtrat ein anonymes Antrag eingereicht. Selbstverständlich lehnte unsere Fraktion die Behandlung eines derartigen Antrages grundsätzlich ab.

Es ist nun bekannt geworden, daß derselbe Herr, der die Unterschrift auf dem Protestschreiben vergessen hat, auch der anonyme Antragsteller war. Wir müssen es als typisch bürgerliche Feigheit bezeichnen, wenn sogenannte Männer Anträge stellen ohne den Mut zu haben, mit ihrem Namen dafür einzutreten. Die Verdämerung, insbesondere der Bürgerverein, wird gut daran tun, sich derartige Männer für die Folge etwas genauer anzusehen.

In diesem Zusammenhang kommen wir noch einmal kurz auf den Wachenburgweg zu sprechen. Wir haben immer und

immer betont, daß unsere Fraktion sich reißlich das Für und Wider seiner Zeit überlegt hat. Die Gründe, warum unsererseits dem Ausbau zugestimmt wurde, sind bekannt; es erübrigt sich jeder weitere Kommentar hierüber. Es soll jedoch der Öffentlichkeit folgendes zur Kenntnis gebracht werden: Die Obstruktionspartei wehren sich heute gegen die Benützung des neuen Burgweges als Abfahrtsstraße für den Wachenburgweg. Wir verstehen das und sind damit vollständig einverstanden, weil wir der Auffassung sind, daß dieser Weg für den Spaziergänger nach der Windeck erhalten bleiben muß. Wir möchten aber mit aller Deutlichkeit feststellen haben, daß die Anregung, den neuen Burgweg zur Ableitung des Autoverkehrs nach der Stadt zu benützen und auszubauen, gerade aus den Reihen des Bürgervereins kam, und möchten hiermit jeden Zweifel behoben haben. Die Herren Prominenten des Bürgervereins sind wirklich ausgezeichnete Spiegelfechter. Das mag vorläufig genügen.

Unter „Eingesandt“ verspricht im Weinheimer Anzeiger der Bürgerverein Weinheim viele Tinte und wenig Geist. Wir haben keine Lust, auf diese Ausführungen einzugehen, da dieselbe teils sinnlos, teils mit Absicht entstellt sind. Wenn jedoch von dieser Seite über das Badenia-Drama geschrieben wird, und der Bürgerverein nach der Erklärung sucht, warum die Stadt private Schulden decken muß, dann könnte der Bürgerverein wissen, daß er selbst für die Bürgerschaft der Badenia gestimmt hat, und daß hieraus die Verpflichtung der Stadt erwachsen ist.

Im Uebrigen nehmen wir gerne davon Kenntnis, daß der Bürgerverein dem Projekt der Kanalfaktoren des westlichen Stadtteils zustimmen wird. Auch der fahrbare Weg am Hirschkopfhang ist ein Punkt, der unserer Zukunft wichtig ist. Wir werden unseren Einfluss als größte Fraktion geltend machen, daß diese Arbeiten sofort nach Beendigung der Arbeiten des Wachenburgwegs in Angriff genommen werden können, falls bis dahin überhaupt noch Gelder verfügbar sind. Daß der Bürgerverein in seinem Schlusssatz eingeseht, daß er in Trüben fischen will, nehmen wir zur Kenntnis.

## Schwetzinger Brief

### Skandalöse Zustände auf dem Schwetzinger Friedhof!

Es ist dringend erforderlich, daß auf dem Friedhof einmal nach dem Rechten gesehen wird, denn es geht nicht an, daß die Stadtgärtnerei einfach Kreuze von Gräbern herausreißt, um solche als Richtholz für den Schnitt der Hecke am Ehrenfriedhof zu verwenden, weil man anscheinend zu bequem war, entsprechendes Handwerkszeug mitzunehmen. Man fand es nicht einmal für notwendig, das Kreuz wieder auf seinen alten Platz zurückzubringen, sondern ließ es einfach an der Hecke, mit Draht festgemacht, stehen, so daß es einem Angehörigen der Verstorbenen vorbehalten blieb, das Kreuz, das erst nach langem Suchen zu finden war, wieder an die alte Stelle zurückzubringen. Nach dem Strafgesetzbuch nennt man diesen Vorfall Grabschändung und ahndet ihn mit einer Gefängnisstrafe. Wir sind gespannt, was die Stadtverwaltung auf unsere Beschwerde hin unternimmt, um solche Dinge in Zukunft zu unterbinden.

Sobald mühten wir Beschwerde darüber führen, daß der Friedhofsaufsicht ohne einen Plan Gräber anlegt, denn sonst könnte es nicht geschehen, daß derselbe das angelegte

Grab 99, ohne die Angehörigen zu verständigen, um ca. 30 Zentimeter kürzt, damit das davorliegende Grab mit einer Einfassung versehen werden kann, die viel zu groß war. Der Friedhofsaufsicht bepflanzt erst einmal das Grab für teures Geld mit Blumen, um dieselben später wieder zum Teil abzustechen. (Seit wann ist übrigens das Anpflanzen der Gräber eine Arbeit des Friedhofsaufsichters? Da müßte doch die Stadtverwaltung ganz energisch einschreiten, um im Interesse des Gärtnergewerbes dieses Doppeldienstes abzustellen.) Nachdem man anscheinend den Irrtum der falschen Einfassung bemerkt hat, fand es der Friedhofsaufsicht, trotz Hinweis der Angehörigen auf die Vieftätigkeit, da der Weg gerade über den Kopf der Verstorbenen ging, nicht für angebracht, das Grab wiederherzustellen. Im Interesse der Bürger, die doch durch ihre Steuerabgaben die Friedhofsaufsicht bezahlen, müssen wir verlangen, daß diese skandalösen Zustände abgestellt werden. Wenn die Neuanlage der Gräber planmäßig erfolgen würde, käme so etwas nicht vor. Auch hier müßte die Stadtverwaltung energisch Ordnung schaffen.

## Hemsbacher Brief

### Vor der Bürgermeisterwahl

Die Ortsgruppe Hemsbach veranstaltete am Dienstagabend im Saale zur Krone eine öffentliche Versammlung anlässlich der vor der Tür stehenden Bürgermeisterwahl. Die Nationalsozialisten haben als Kandidaten den Parteigenossen A. Keinemuth, einen angesehenen und allseits in Hemsbach geachteten Bürger, aufgestellt. Die Versammlung war für Hemsbacher Verhältnisse recht gut besucht, es mögen immerhin ca. 300 Personen anwesend gewesen sein. Ortsgruppenführer Schmalein eröffnete die Versammlung und erteilte als erstem Redner dem Pg. Keinemuth das Wort. Nicht aus eigenem Antrieb sprach er heute abend in öffentlicher Versammlung als Kandidat für den Bürgermeisterposten seiner Gemeinde. Er tue dies auf Wunsch seiner Parteifreunde. Es sei ihm Bedürfnis, bei dieser Gelegenheit zu erklären, daß er niemals als Parteimann an die ihm erwartenden Aufgaben seiner Gemeinde herangehen werde, falls ihn das Vertrauen der Bürgerschaft zu diesem Amt führen würde. Er wolle alsdann jedem Einzelnen ohne Ansehen der Person gerecht werden. So wolle er sich heute abend der Gemeinde Hemsbach vorstellen. Seine Worte fanden bei den Zuhörern herzlichen Beifall.

Als nächster Redner sprach Pg. Walter Köhler, M. d. L. Keine leichten Aufgaben würden einem Bürgermeister im Zeitalter der verordneten Not erwarten. Dennoch sei die Orts- und Bezirksleitung zu dem Entschluß gekommen, in der Person des Pg. Keinemuth einen durchaus befähigten Mann als Kandidaten für den Bürgermeisterposten zu nominieren. Köhler appellierte an die Vernunft der Hemsbacher Bevölkerung, sich einen geeigneten Bürgermeister selbst zu wählen und der Gefahr aus dem Wege zu gehen, einen verordneten Bürgermeister zu erhalten, der dann der Gemeinde weitestgehend mehr kosten würde. Er streifte des Weiteren in längeren Ausführungen innen- und außenpolitische Fragen und stellte abschließend fest, daß Reich, Länder und erst recht die Gemeinden am Ende seien, verursacht durch die Schuld der

Regierungsmänner der letzten 12 Jahre. Die Prophezelungen von uns Nationalsozialisten seien zeitlos in Erfüllung gegangen. Das deutsche Reich von 1918 sei kein sozialer Staat, der von allen erachtet wurde, sondern es ist alles andere als das. Die Verhältnisse drängen unaufhaltsam zur Entscheidung; zum Kampf um die Macht im Staat, jedoch nur mit legalen Mitteln. Der Sinn einer gesunden Wirtschaft im kommenden Reiche sei der, dem Volk das zu geben, was es zum Leben brauche. Arbeit und Brot. Die Rede des Pg. Köhler wurde auch von den Gegnern, die zahlreich anwesend waren, beifällig aufgenommen. Im Schlusssatz bat Pg. Köhler insbesondere die Parteigenossen, der Parteipresse mehr Beachtung zu schenken und die Zeitung des Bezirks Mannheim-Weinheim, das „Hakenkreuz-Banner“ zu bestellen. Einige Momente wurden neu gewonnen; ebenso einige Neuaufnahmen getätigt. Wir gewinnen auch in Hemsbach unaufhaltsam an Boden.

## Brühler Brief

### Sozi.-Gemeinderat als Radaubruder!

Die Mannheim-er Lügenstimme muß wieder einmal dazu herhalten, um den Schmutz in den eigenen Reihen zu vertuschen, ja nicht nur das, sondern getreu ihrer Tradition, versucht man mit faustdicken Lügen den blamierten gemeindevollständigen Radaugenossen „Nittwahr“ rein zu waschen und spricht ihm das Vertrauen aus. Es ginge ja auch gegen alle marxistischen Grundsätze, wenn man sich nicht immer wieder gegenseitig das Vertrauen aussprechen würde. Das beweist umso mehr, daß einer nicht besser ist, wie der andere. Gleiche Brüder, gleiche Kappen. Der Schmutz ist aber schon nach hinten los gegangen, denn das schändliche Verschwinden des gemeindevollständigen Genossen aus dem Bürgerausschuss geschah

nicht von ungefähr! Die Aufregung im roten Lager beweist, daß man ins Schwarze getroffen hat.

Nun muß der Dönsenwirt herhalten, weil er in seinem Lokal auf Ordnung hält und einen Radaubruder, der sich damit brüsst, Gemeinderat zu sein und dem der rote Kamm anscheinend schon so geschwollen ist, daß er glaubt, sich über alles Recht und jede Ordnung hinwegsetzen zu können, aus seinem Lokal verwiesen hat. Ein edles Gemäch am Stamme des Marxismus ist dieser Genosse, der sein Amt dazu benützt, Brühler Bürger in aller Öffentlichkeit zu beleidigen. Der Dönsenwirt wird sicherlich Geste von dieser Sorte gerne vor-müssen!

Das Gefasel vom illegalen Hitlerstammlich beweist, daß die Brühler Nazis auch schon die Nerven verloren haben. Wir Brühler Nazis freuen uns, daß ihr Genossen allmählich ausgeschlafen hat und in jedem anfänglichen Bürger und Arbeiter einen Hitler sieht. Es wird auch in Brühl fest, daß man in das schwarz-rote Gemeindevolk etwas hineinfunkt, denn wir haben es auch hier, wie der Boranschlag beweist, unter dieser schwarz-roten Herrschaft herrlich weit gebracht.

Solche Blechen der Gemeindevolk, wie Genosse „Nittwahr“ müssen vom Rathaus verschwinden, denn wir Brühler Einwohner bedanken uns für diese Sorte „Arbeitervertreter“.

Dank der Unterstützung und der Reklame der Mannheim-er „Lügenstimme“ gewinnt auch in Brühl der Nationalsozialismus immer mehr an Boden. Nur so weiter, dann wird es schon recht werden!

## Laudenbacher Brief

### Zentrums-korruption landauf und landab Zentrumsbürgermeister als Wechselwähler entlarvt

Eine Weinheimer Tageszeitung meldete am Samstag kurz und lakonisch:

„Laudenbach, 22. August 1931. Herr Bürgermeister und Zigarrenfabrikant Schröder hat sein Amt als Bürgermeister niedergelegt. Der Grund soll in Wechselgeschichten zu suchen sein. Als Stellvertreter ist Herr Bürgermeister Eberle tätig bis die Neuwahl eines Bürgermeisters beendet ist. Naturgemäß beschließen die Neuwahlen die Gemüter stark und an Kandidaten wird es nicht fehlen. Strafanzeige lag gegen Bürgermeister Schröder vor, eine Verhaftung konnte nicht erfolgen, weil er noch getrennt nachmittags durch einen Arzt nach der psychiatrischen Klinik Heidelberg überführt wurde.“

Wir haben am Freitag schon die Glocken in Laudenbach läuten hören. Der Herr Bürgermeister a. D. Schröder, eine Zentrumsstiege, hat Wechselgeschichten großen Formats begangen. Er hat sich, um nur zwei Fälle herauszugreifen, Gefälligkeitschekpte in Höhe von RM 700.— und 900.— querschreiben lassen. Er hat dann nachträglich die Beträge geändert, indem er vor die beiden Zahlen „700“ und „900“ eine beschreibende „1“ setzte, so daß 1700 und 1900 daraus wurden. Versteht sich, daß er natürlich den Betrag in Worten ebenfalls nach Änderung der Ziffern ausgeschreiben hat. Eine ganz infame Fälschung also. Darüber hinaus hat er Gott und die Welt noch angepumpt. Man redet von ganz neuen Zahlen, so den Polizeidiener um 1700 RM, einen roten Bezirksrat, von wegen der Koalition, um 500 RM. Sogar die arme baltische Staatspartei in Weinheim wurde gerupft. Verschiedene Schlaue haben sich von wegen der Bankperre nicht rupfen lassen. Wir werden abwarten, wach' weitere Sumpfböden hier noch aufsteigen werden. Wir wundern uns aber, daß ein Mann von den Fähigkeiten und der Intelligenz des Herrn Schröder, Angelegenheiten von Geistesgröße in dem Augenblick zeigt, in dem ihn der Staatsanwalt beim Wickel nehmen wollte. Sonderbar! Sonderbar! Wir wünschen dem Herrn Ex-Bürgermeister und gewesenen Aufsichtsrat der Volksbank Heppenheim, daß er recht bald wieder als geheilt aus der psychiatrischen Klinik entlassen werden kann. Wissen Sie aber, über was wir uns nicht wundern? Die schwarze Kattel“ in Mannheim sowie deren Ableger in Weinheim, haben über den Sündenfall dieser über Nacht geborstenen Zentrumsfäule noch kein Sterbenswörtchen verloren. Was wir begreifen können, wir übernehmen jedoch die Verleumdung auch hierüber, entgegenkommend, wie wir nun einmal sind!

## Plankstadter Brief

### Die Volksstimme lügt wieder

Was nützt es, wenn man einen notorischen Lügner der Lüge jagt? Wenn wir die Mannheim-er „Volksstimme“ immer wieder beim Schwindeln ertappen müssen, so stellen wir im Hinblick auf das eingangs Gesagte meist mit Genugtuung fest, daß sie von ihrer Haupttugend noch nicht abgekommen ist.

So wußte sie neulich richtig von einer Tabakpflanzerversammlung zu berichten, in welcher beschlossen worden sei, den Einfasserrinnen in diesem Herbst nur 15 Pfg. für die Stunde zu bezahlen. Mit erbobenem Zeigefinger und erhobener Stimme warnt die rote Tante die Einfasserrinnen, für dieses Schandgeld ja keinen Finger krumm zu machen. Mit viel Mißgeschick werden einige weitere Sprüche angefügt.

Schade ist bloß, daß die Pflanzler der Volksstimme nicht die Gefälligkeit tun, diesen Beschluß zu lassen, sonst hätte sie ausnahmsweise einmal die Wahrheit berichtet. Ist doch in der fraglichen Pflanzerversammlung überhaupt kein Beschluß in dieser Hinsicht gefaßt worden. Die Pflanzler kamen vielmehr in freier Aussprache überein, trotz Unsicherheit der diesjährigen Preisbildung des Tabaks den vorjährigen Satz, nämlich 25 Pfg. für die Stunde zu bezahlen.

Die nachten Tarifen allein strafen die rote Journalist schon. — Nieberhaft arbeitet sie daran, sich den letzten Rest von Glaubwürdigkeit — (beißt sie überhaupt noch so was?) — wegzulügen. Wir aber buchen ihr notorisches Lügen als untrügliche Zerfallerscheinung und rufen ihr zu: frisch auf zu weiterem fröhlichem Schwindeln!

Im Uebrigen ist ihr Versuch, einen Keil zwischen Pflanzler und Einfasserrinnen zu treiben, kläglich mißlungen, weil eben dieser Keil eine Lüge war.

## Lenz-Versammlungen

Pg. Lenz, M. d. R., spricht:  
Samstag, den 24. August, in Donauerschingen i. Schwarzw.

Das Na- tag, den 5. Sommerad- Werk wird- Ernst Cremer- Majarts, D- falls die Bil- ausnahme od- aus dem Se- und neben- sierung N- ersten Wo- Grabbes aufnehme- Campels Dr- Bornleiff au- bereits sein-

Althamb- muß man e- Erfolg der h- sein Handwe- er besser au- getreht; dem- anzuerkenn- wurf dienle- Thea von L- und her, für- Vorkliffen se- — gleicherm- Todesstraße- Es ist überau- schäßigen Ma- kann und be- absichtenden- ist die Publ- ganze gefäh- schieden, inde- „Gebt besser- werden troch- zum Opfer fe- Frig La- und wartet- Mörder spie- Ein Rünftler- seilischen Ku- Blutes in de- Porre zurüd- schließens G- Gründgens a- Kriminalkom- Widmann. Frig La- fanden.

## Bo

Sturmbaruff- Adjutant: W- Sturmbarng- Vorstehe- werden, Spr- deriger Anm-

## Aufz

## Sektion C

Die für- abmann-Verf- Montag, den- 1/9 Uhr stat-

## Sektion D

Die für- abmann-Verf- Montag, den- 1/9 Uhr stat-

## Sektion E

Montag, Versammlung- Zur Tagesov- Monatsplan- Aussprache.

## Sektion F

Samstag- gemeinsam im-

## Sektion G

Donnerst- mit Pg. Hg.

## Sektion H

Freitag, Pg. Hg. B e-

Versamm- angeführten E- Parale - Auss- Mittwoch-Ru-







# PEZIAL-ANGEBOTE

**Besonders günstig durch Selbstanfertigung**

Unsere Uebergangs-Mäntel Silpon- u. Raglanform, ganz a. K'seide gefüt., fesches u. prak. Kleid' stück 55.-45.-32.- **22.-**

Unsere Straßen-Anzüge ein- u. zweireihig, in Cheviot u. Kammgarn, flotte Formen, flotte Muster . . . . . 39.- **28.-**

Unsere Eleganten Anzüge aus reinen Kammgarnen oder Kunstseide, la. Verarbeitung . . . . . 65.- **48.-**

Unsere Blauen Anzüge aus Aachener Kammgarn aus Luster gefüttert, la. Verarbeitung . . . . . 58.- 75.- **38.-**

Unsere Sport-Anzüge 4tig, mit langer u. Golfhose das prakt. Kleidungsstück für Sport und Straße 58.-48.- **40.-**

## Bergdolt

H 1,5 MANNHEIM Breitestr.

Der Arbeiter u. Beamte aller Berufe trägt



wegen seiner vorzüglichen Qualität und Passform, sowie unübertroffenen Preiswürdigkeit

### Carl Fritz & Cie

H 1, 8, Mannheim (Breitestraße)

**Eröffnung**

der neuen Räume heute Samstag den 29. August

### Reith's Weinhaus Hütte Qu 3, 4

Größtes Wein-Restaurant der Stadt

Haupt- u. Originalauswahl der Winzer-vereine Königsbach, Deidesheim u. Trier

Erstkl. Küche bei zeitentsprechend billigsten Preisen. Vorzügl. Mittagstisch von Mk. 1.30 aufwärts. Neu eingeführt: ABENDPLATTEN in halben Portionen von Mk. 0.70 an. — Separate Räume, erstklassig eingerichtet, für kleinere und größere Gesellschaften, Hochzeiten u. Konferenzen. Zu freundl. Besuche und Besichtigung ladet höfll. ein

HEINRICH REITH

**Erstes Spezialhaus in:**

Fahrrädern, Nähmaschinen u. Sprechapparate sämtliche Ersatzteile und Gummi — Eigene Reparaturwerkstätte

Tel. 22726 / **JOS. SCHIEBER** / G 7 Nr. 16

## SCHUH Wo?

Reparaturen

Nur beim **Flinken Ludwig**

52,5 MANNHEIM R 4, 22  
Schwetzingenstr. 83

Freie Abholung und Zustellung.

**Wäschehaus P. Anton Lissner**  
Mannheim, Waldhofstr. 116

**Kompl. Ausstattungen** von einfachster bis elegantester Ausführung **Eigene Anfertigung**, daher billigste Preise. **Besuche** mit reichhaltiger Musterkollektion. — **Erbitte** Benachrichtigung per Postkarte.

Lieferfirma der Bad. u. Bayerischen Beamtenbank.

**August Hess**  
Möbel- u. Werkstätten  
Telefon 44175  
**MANNHEIM**  
Schwetzingenstr. 98

Anfertigung von Wohngruppenrichtungen u. Einzel-Möbel, Ständigen Lager in Master-Zimmeru  
Lieferung frei Haus  
Kein Zerstückelhandel.

**Schlaf-Zimmer**

oft Birnbaum m. lauf. Ruff, von allerbest. Möbelfabrik wunders. Ausführung best. aus:  
1 Schrank 2 m breit 3 volle Türen, 1 Toilette, 2 Nachtl., 2 Bettstellen 2 Kühle RZ 250.—  
Sie müssen sich unbedingt das Schlafzimmer beschaffen. Es wird bestimmt Ihren Wünschen entsprechen.  
Durchgehend von 5—7 Uhr geöffnet.  
Vertragsgem. u. Termintreue a. l. E.

**Grüne Haus**  
Schwetzingenstr. 116

Nicht die Reklame, sondern die **Anerkennung** unserer mehr als 200000 zufriedenen Kunden haben uns groß gemacht.

**Billigste Preise und erstklassige Arbeit** sind die 2 Merkmale der bekannten Trefager Möbel.

Überzeugen Sie sich bitte davon durch einen Besuch unserer Verkaufsstelle

**MANNHEIM O 5, 1**

Südd-Möbel-Industrie Gebr. Trefager Werkstoff  
Frankfurt a. M. - Burg/Ber. Karlsruhe - Konstanz - Mannheim - Pforzheim - Stuttgart



## Katholizismus und Nationalsozialismus

Eine Rede an den deutschen Katholizismus von dem katholischen Geistlichen **Pfarrer W. M. Senn, Sickingen (Baden)** . . . Preis RM 0.80

**Aus dem Inhalt:** „Ich kann nicht schwagen, kann nicht — wenn der Zeitgenosse an einem solchen Tag . . . den reinen Glauben auf unsere heutigen Weltanschauung legt — die Gläubigen des 19. Jahrhunderts, des 18. Jahrhunderts und des 17. Jahrhunderts in Gefahr setzen.“

„Ich kann nicht schwagen — und wenn auch die Diktate Druckblätter aufgedruckt haben.“

„Deshalb Katholizismus! Ihn ist ein Stück unter die „Mittelstufen“ dieses Zeitalters, Scherle darunter: Zerstörer, Erdbeben, verhängnisvoller Zerstörer! Daraus Katholizismus erwacht!“

Zu beziehen durch die **Völkische Buchhandlung Mannheim, P 5, 13 a**



**Jeder Arzt**  
**Jeder Richter**  
**Jeder Geistliche**  
**Jeder Rechtsanwalt**  
**Jeder Reisevertreter**  
**Jeder Berichterstatter**  
**Jeder Gewerbetreibende**  
Überhaupt

**Jeder geistig Arbeitende** braucht unbedingt **eine Torpedo-Klein-Schreibmaschine.**

DIE DEUTSCHE KLEIN-SCHREIBMASCHINE MIT NORMALEM TASTATUR UND EINFACHER UMSCHÜTTUNG.

**Otto Zickendraht**  
Büro-Einrichtungen  
**MANNHEIM, E 2, 4-5**  
Reparaturwerkstätte aller Systeme.

**Eier-Teigwaren - Fabrikation**  
**Georg Wieland**  
Mannheim, S 6, 2  
Fernsprecher Nr. 33164

**Farben, Lacke, Pinsel, Leitern** am vorteilhaftesten bei

### Farben-Meckler H 2, 4

Verwenden Sie nur unsere **Mecolin-Fußbodenlacke, Bohnerwachs, Bodenbeize**

**PREISABBAU IN DER TAT!**

### KAPOK - MATRATZEN

HEUTE NUR NOCH: **45.-** **55.-** **65.-** (Telefon 27833)

Eigene Herstellung - Beste Verarbeitung  
Garantiert volles Java-Kapok - Beste Latexmatt  
**LUTZ POLSTER-WERKSTÄTTE T 5, 18**  
Zwangslos Besichtigung erbeten, Zahlungsanweisung 256

**AUTOMOBIL-SÄTLEREI**  
**Heinrich Schneider, Mannheim**  
Schwetzingenstr. 118 - Tel. 42169

Anfertigung sämtl. Sattlerarbeiten, Polsterbesüge, Allwetter-Verdecke, Gummimatten, Reihenhüllen, Kühlenhauben, Kabinett-Verdecke und Federschutz-Gemäachen  
D. R. G. M.

**N.-S. treffen sich in:**

Jeder Gastwirt im Bezirk muß unter dieser Rubrik seine Gaststätte bekannt geben!

**Neckargemünd**  
Hotel „Prinz Karl“  
Das Spelauhaus — Inh. P. Hans Hahn  
Telefon 343 556

**Heidelberg** 107  
„Silberner Hirsch“ am Markt  
Besitzer P. LENZ / abhört der Geschäftsstelle der NSDAP, Telefon 2096. Das Hotel, die Wälsche, das Lokal der Nationalsozialisten.

### Robhaar-Matratzen

für nur 135.— sind von bleibendem Wert, Kapokmatratzen, Edelwollmatratzen (steinfrei)

Chaiselongues, Sofas, Liegefa und Sessel zu sehr billigen Preisen; wirklich solide zuverläßige Herstellung in eigener Wertstätte nur bei

**Schwalbach**  
B 7, 4  
nahe Friedriehshafen, kein Laden.



**Schuhhaus Schütz**  
Weinheim  
122 am Kaiserbahnhof

Das gute preiswerte

### Piano

zu günstigen Bedingungen bei

### SIERING

piano-Lager  
Mannheim C 7, 6

**Zührer'scheine**

für alle Jahreszeiten bei billiger Berechnung, Fahrkarte

**Ing. Otto Sunold**  
Berfelli Qu 2, 2  
Telefon 17 6, 54  
Telefon 30008 und 33412

Im Photohaus **W. REIMANN**  
Qu 4, 3

werden Ihre Photoarb. von ersten Fachleuten ausgef. Billigste Preise. Nur Qualitätsarbeit.

**Stübe**

22 jährige **Beamtentochter** sucht Stellung

angeboten unter Nr. 270 an den Verlag.

**Hinein in die S.A.**

Wir S... jeder Geleg... rot-bürgerli... betriebene... Volk in ei... nungsruf... denen, die... hatten. Die... aus größter... wahre Lage... in republik... träumend... folgt und a... feinde bege... Nationalsoj... und Dumm... zu kämpfen... klärungstät... deutschen B... und Gleich... täubungsver... wurden die... Kämpfer de... kenntnis vo... läufigen fur... muß, seigte

der „lebend... hat folgende... Ms Er... der immer... treffenden w... 1. Die in... maßnahm... sind, mi... gung der... Prüfung... und dar... 2. Eine Ju... der Stre... Widerp... Verwalt... werden... 3. Beglück... gebnis b... abzwang... wird, ist... 4. Die in... der Miti... bei ausn... vorbehalt... fassung -... zu kürze... werfen... 5. Eine m... ausgaben... Nachdruc... nahmen... a) dauer... Arbeit... (natli... b) einstu... stellen... weich... auch... allem... c) Künd... als 5... d) Bon... die f... erbiem... e) händl... gulege... 6. Gemeinjt... fo gut m...